

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 251 B

BERLIN • Dienstag, den 25. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Schwere politische Zusammenstöße. Zwei Tote und viele Schwerverletzte.

Möglichst viele Mohrrüben für möglichst viele Esel.

Von Allan Flanders.



Den politischen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen ist die britische Labour Party (LP), sowohl während ihrer Amtszeit als auch nachher, mit einer solchen Hilflosigkeit begegnet — die auch einer der Gründe für die Niederlage der Partei bei den Parlamentswahlen von 1931 war —, daß der Vorstand kürzlich seine Absicht ankündigte, ein neues Parteiprogramm vorzubereiten.

Das Wirtschaftsprogramm.

Von diesem neuen Programm wurde der wirtschaftliche Teil des Parteitag der LP veröffentlicht. Die einzige Änderung, die auf dem Parteitag an diesem Teil des Programms vorgenommen worden ist, betrifft die Sozialisierung der Banken. Nicht nur die Bank von England, sondern auch die fünf großen Londoner Banken sollen sozialisiert werden.

Der Vorsitzende erklärte: „Der einzige Weg, der aus den grausamen Schwierigkeiten unserer Zeit herausführt, ist der einer mutigen

nationalen und internationalen Planwirtschaft.“

Dieser Grundsatz findet seinen Niederschlag z. B. in folgenden Programmpunkten:

„Angesichts des Zusammenbruchs der Goldwährung (?) ... sollten die Großhandelspreise in England auf einem geeigneten Stand stabilisiert werden.“

„Private Transportgesellschaften sollen, solange sie nicht vom State übernommen werden, so verwaist werden, ... daß das größtmögliche Maß an Zusammenarbeit des gesamten Transportwesens erreicht wird“, d. h. Bildung eines Transportmonopols.

„Landwirtschaftliches Land soll Eigentum der Nation werden (natürlich mit voller Entschädigung der jetzigen Inhaber! A. F.).“ „Bildung eines nationalen Handelsamtes, mit der Vollmacht, Waren einzukaufen, die Einfuhr zu regulieren“ u. s. w. D. h. also: die Grundbesitzer erhalten künftig statt der Pacht festverzinsliche Staatspapiere, die die Regierung ihnen als Entschädigung gibt. Außerdem will die LP ein Außenhandelsmonopol, das auch den Interessen der Landwirte, wenn auch nicht dem der Verbraucher, dient.

Einige Teile des Programms sind undurchführbar, andere würden vielen Kapitalisten dienen, ohne die Ausbeutung zu mildern (z. B. das Transport- und Außenhandelsmonopol).

Indien.

Nachdem der Parteitag — wie üblich — seinen Glauben an das Recht des indischen Volkes, seine Regierungsform selber zu wählen, bestätigt hatte, protestierte er dagegen, daß die gute Arbeit, die während der vergangenen drei Jahre in Indien geleistet worden ist, durch das Notverordnungs-system u. s. w. wieder zerstört worden sei. Man wird hier an die Worte von Jawaharlal Nehru erinnert:

„England ist der Höhe Priester des Imperialismus, und seine schlimmsten Anhänger sind vielleicht die der Labour Party, die die bemerkenswerte Fähigkeit besitzen, ihre gewandten Reden über Freiheit und Selbstbestimmung mit vollblütigem Imperialismus zu verbinden.“

Als Bann sich zum Wort meldete, der Indienssekretär der Labour-Regierung, wurde er mit feindseligen Zwischenrufen empfangen. Wenn die Stimmung im Saal sich später zu seinen Gunsten änderte, so ist das lediglich seiner Rede-kunst zu verdanken. Er versuchte nicht, die Politik der Labour-Regierung zu verteidigen, sondern meinte nur, es sei schwer, einen Staat aus 6000 Meilen Entfernung zu verwalten. Das hätte er allerdings auch wissen können, ehe er das Amt des Indienssekretärs übernahm!

Die nächste Labour-Regierung.

Die Politik der Labour-Regierung wurde in vielen Resolutionen angegriffen. Dies führte zu einer Aussprache darüber, wie eine Wiederholung dieser Fehler vermieden werden kann, falls die Labour-Regierung wieder einmal die stärkste Partei werden sollte. Cramp, der Sekretär des Eisenbahner-Verbandes, forderte — unter allgemeinem Beifall — daß die LP nie wieder als Minderheit die Regierung

„Trotz der eigens zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingesetzten kommissarischen Regierung will die „Ruhe“ nicht einkehren. Das ist kein Wunder; denn es handelt sich bei der „Unruhe“ nicht um einige Störungsversuche mißvergünstigter Zeitgenossen, sondern um Explosionen vergewaltigter Menschengruppen, ganzer sozialer Schichten, die man nicht durch Verordnungen und Strafanordnungen zur Ruhe bringen kann, sondern deren Unruhe man nur dadurch wirksam beheben kann, daß man den Grund dieser Unruhe: die Arbeitslosigkeit und das daran sich anschließende soziale Elend beseitigt.“

Die Todesfälle, von denen wir hier berichten, betreffen diesmal Nazis. Wir haben noch keine ausführlichen Berichte, möchten aber schon jetzt zu bedenken geben, daß man nicht schließen kann, die Nazis seien die Ueberfallenen gewesen, weil sie die Verluste gehabt haben.

In Bochum wurde in der Nacht zum Sonntag bei einem Zusammenstoß zwischen Nazis und „Reichsbanner“-Leuten der SA-Mann Bar m tödlich verletzt.

In Castrop-Rauxel stießen am Sonnabend nationalsozialistische und kommunistische Flugblattverteiler zusammen. Vier Nazis wurden dabei verletzt, einer von ihnen, der SS-Mann Pfaff, so schwer, daß er am Sonntag seinen Verletzungen erlegen ist.

In Leipzig kam es am Sonntag zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Straßenpassanten. Vier Personen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

In Connowitz wurde ein SP-Mann von Nationalsozialisten vom Rad gerissen und mißhandelt.

In Dewitz bei Tauche entstand eine Schlägerei zwischen Nazis und Anhängern der „Eisernen Front“, wobei ein Nationalsozialist verletzt wurde.

Zusammenstöße in Berlin. In der Nacht zum Sonntag und im Verlaufe des Sonntags verübte die SA in Berlin verschie-

AUS DEM INHALT:

Gregor Straßer auf Arbeiterfang.
Fort mit den Presse-Subventionen!
Schlaglicht auf eine Dunkelkammer.
Herr Oberpräsident Noske.
Die Löhne waren und sind zu niedrig.
Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft.

dene Ueberfälle. Insgesamt wurden 26 Personen festgenommen, davon die Mehrzahl Nazis. In der Cotheniusstraße in Berlin wurden kommunistische Flugblattverteiler auf Signale aus einer blauen Privatlimousine hin von einer mehrfachen Uebermacht von Nationalsozialisten überfallen und zum Teil schwer verletzt. Das Ueberfallkommando kam zu spät.

In der Hauptstraße in Berlin-Rosenthal wurde ein Kommunist in der Nacht zum Sonntag von Nationalsozialisten ver-wundet.

In der Kösliner und Luisenstraße am Berliner Wedding verteilten Nationalsozialisten unter Polizeibedeckung Flugblätter. Es kam zwischen den Flugblattverteilern und den sich provoziert fühlenden Arbeitern zu Zusammenstößen. Die Nazis wurden aus den Häusern mit Steinen beworfen und warfen wieder mit Steinen, die Polizei schoß schließlich, ohne jemand zu verletzen, und nahm einige Verhaftungen vor. — Am Sonnabend nachmittag erlitt der Nationalsozialist Portschko bei einer politischen Schlägerei in Charlotten-burg eine Kopfverletzung.

Nationalistischer Theaterskandal.

Im Elberfelder Stadttheater wurden kurz vor der Aufführung der Oper „Salome“ von Richard Strauß, in der die Spanierin Jovita Fuentes die Hauptrolle spielen sollte, von nationalistischen „Kunstautarkisten“ Tränengasbomben geworfen, sodaß das Publikum fliehen mußten und die Vorstellung erst nach einer Stunde beginnen konnte.

Eintreten für Ruhe und Ordnung wird bestraft.

Am Sonnabend wurden in Hannover fünf Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 3. April waren die fünf von einer Kundgebung der Eisernen Front nach Hause gegangen. Ihr Weg führte über den Lichtenbergplatz in Linden, über den sie vorher hörten, daß dort eine Schlägerei mit Nazis im Gange sei. Sie sahen denn auch, als sie auf den Platz kamen, daß Nazis von einer Menge in ein Lokal hineingedrängt wurden: Preuß, der Führer der Reichsbannerleute, ermahnte diese Menge erfolgreich, von dem Nachdrängen in das Lokal abzulassen. Dann stellte er sich mit seinen Leuten vor das Lokal, um weitere Zusammenstöße zu verhüten. Der eintreffende Polizeibeamte bestätigte Preuß, daß er vernünftig gehandelt habe: er solle stehen bleiben und weiter dafür sorgen, daß nichts passiere. Plötzlich kamen zwei Autos und drei Motorräder; Nazis sprangen heraus und auch aus dem Lokal und schlugen auf die übrigen Anwesenden ein, die sich dann zur Wehr setzten. Zwei Nazis und ein Reichsbannermann wurden zu Boden geschlagen; Preuß ließ sie fortschaffen, und er brachte selber den verletzten SA-Führer Kobbe zur Feuerwehrwache, der mit einem schweren Schraubenschlüssel be-

waffnet, aus einem der Autos gesprungen war. Die fünf Reichsbannerleute sind nachher von sich aus zur Polizei gegangen, um ihre Aussagen zu machen.

Der Staatsanwalt sprach Preuß seine Anerkennung aus dafür, daß er sich bemüht habe, Gewalttätigkeiten zu verhindern. Das mache ihn aber nicht straffrei. Des Landfriedensbruchs seien nicht nur die schuldig, die selber Gewalttätigkeiten begingen, sondern alle, die als Zuschauer dabei wären; denn sie vergrößerten dadurch die Menge. „Die Angeklagten haben es ihrer Dummheit zu verdanken, daß sie auf der Anklagebank sitzen: sie haben sich selber der Polizei zur Aufklärung der Sache zur Verfügung gestellt.“

Auch das Gericht erkannte an, daß die Angeklagten alles getan hätten, um strafbare Handlungen zu verhüten. Aber sie hätten sich am Orte des Landfriedensbruchs befunden und seien deswegen schuldig.

Schlägt schon diese Argumentation einem unverbildeten Rechtsempfinden ins Gesicht, so wird die nackte Rechtlosigkeit des Prozesses von Hannover durch die eine Tatsache illustriert, daß keinem der Nazis, die mit den Autos herangekommen waren und sich dann ebenfalls „am Orte des Landfriedensbruchs befanden“, der Prozeß gemacht worden ist.

übernehmen sollte. Das ging dem unheilbaren Reformisten Henderson doch zu weit, und er schlug deshalb vor, daß ein außerordentlicher Parteitag einberufen wird, falls es in diesem Jahre zu Parlamentswahlen kommt und die Lage so ist, daß die Bildung einer Labour-Regierung erforderlich sein könnte.

Trevolyan, der zur Zeit der Labour-Regierung sein Amt als Erziehungsminister niederlegte, weil ihm die Politik der Regierung als Verrat am Sozialismus erschien, forderte, daß jede künftige Labour-Regierung den Auftrag erhalten sollte, sofort nach Amtsantritt sozialistische Gesetze einzubringen und mit ihnen stehen und fallen sollte. Die Wärme, mit der Trevolyan auf dem Parteitag empfangen wurde, stand in scharfem Gegensatz zu der Frostig-

keit, von der Henderson umgeben war, als er sich erhob, um im Namen des Parteivorstandes gegen diesen Antrag zu sprechen. Es gelang ihm erst, sich Gehör zu verschaffen, nachdem er an seine 21-jährige Dienstzeit in der Partei erinnert hatte. Das Schweigen, das dann eintrat, war auch nicht herzlich. Der Antrag von Trevolyan wurde angenommen!

Der Reformismus siegt.

Trotz des Mißtrauens, das der Parteitag dem Vorstand durch die Annahme dorartiger Anträge aussprach, wurde dieser fast in der gleichen Zusammensetzung wiedergewählt! Ungeachtet aller revolutionärer Phrasen, die ausgesprochen wurden, hat das Prinzip des Reformismus gesiegt. Hen-

Person drückte das in seiner Rede über die politische Lage folgendermaßen aus:

„Einige dachten, die Ereignisse des letzten Jahres hätten das Verlassen des verfassungsmäßigen Kurses von der Partei gefordert. . . . Meine Ansicht über die Lage ist, daß nichts geschehen ist . . . was eine Revolutionierung unserer Methoden nötig macht. . . . Die Demokratie muß das kardinale Prinzip des sozialistischen Glaubens und eine Bedingung des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus bleiben.“

Es muß jedoch betont werden, daß der Parteitag keineswegs die Stimmung der Partei wiedergegeben hat. Die Resolutionen, die vor dem Parteitag von den Mitgliedern angenommen worden waren und 64 Seiten füllten, waren unter dem Einfluß des Vorstandes zu 14 Resolutionen zusammengeschmüpft. In der kurzen Zeit, die für die Diskussion dieser Resolutionen angesetzt worden war, konnten die Delegierten kaum mehr tun, als ein oder zwei kurze Argumente vorzubringen. Außerdem hatte es gar keinen Zweck, sich auch nur so weit anzustrengen, da die Gewerkschaftsbürokratie, mit ihrer ungeheuren Ueberszahl an Stimmen, praktisch die Politik der LP bestimmt.

Aber an den Reden vieler Delegierten konnte man erkennen, daß auf sie der gleiche Druck von unten wirkte, der schon auf dem Gewerkschaftskongreß in Newcastle zum Ausdruck kam. Leider geht die richtige Erkenntnis der Mit-

gliedschaft nur so weit, daß sie mit der Politik der Labour-Regierung unzufrieden ist. Ueber die Ursachen dieser falschen Politik und die Voraussetzungen für eine Politik, die zur Abschaffung der Ausbeutung führt, sind sie sich nicht im Klaren. Darum fordern sie heute einfach eine radikalere Politik und reden von der Revolution.

Mohrrüben und Esel — und die andern?

Tawney, ein bekanntes Mitglied der Labour Party, sagte einmal:

„Es ist nicht die Funktion der Partei, eine möglichst große Anzahl von Eseln mit einer möglichst großen Anzahl von Mohrrüben zu versorgen.“

Das neue Programm der LP enthält wenig anderes als eine große Menge derartigen Gemüses, und unter den Wählern werden sich vielleicht Esel aus kapitalistischen Ställen finden, denen die versprochenen Mohrrüben besser behagen als das bittere Futter der Nationalregierung.

Aber die vielen klassenbewußten Arbeiter, die weder Esel sind noch auf Mohrrüben warten und trotzdem in der Labour Party bleiben, was erwarten sie von dieser Partei?

Daß die LP immer noch die einzige nennenswerte Arbeiterpartei Englands ist, ist ein schlechtes Zeugnis für die Arbeit, die von der KP und der Unabhängigen Arbeiter-Partei dort geleistet worden ist.

Trotz der englischen Wehrnote, die in Deutschland schon wieder in Vergessenheit gerät, trotz des Entgegenkommens, das Herriot bei seinem Besuch in London für die Forderung der Verlegung der Viererkonferenz nach Genf gefunden hat, taucht in einem großen Teil der deutschen Presse schon wieder das Vertrauen auf, daß England der deutschen Forderung wohlgesonnen sei und die französischen Ansprüche in ihre Schranken zurückweise. In Wahrheit steht es nach wie vor so, daß England — und zwar sowohl seine Regierungsvertreter wie der größte Teil seiner Presse — zwar für die deutsche Forderung eintreten, aber nur mit dem unverbindlichen Zusatz, daß man Deutschland die „theoretische“ Gleichberechtigung gewähren solle. Zu deutsch heißt das, die deutsche Regierung solle die Versicherung erhalten, daß man ihre Ehre nicht antasten wolle, eine Aufrüstung Deutschlands komme aber auf keinen Fall in Frage. Daß die Abrüstung der andern, die selbstverständlich auch zugesagt wird, nicht, wie Deutschland fordert, nach dem Maß von Abschnitt V des Versailler Vertrags vorgenommen werden soll, ist nach dem bisherigen Benehmen der englischen Vertreter auf der Abrüstungskonferenz klar. Mit andern Worten: In der sachlichen Ablehnung der deutschen Forderung, dem zur Zeit brennendsten Streitpunkt der europäischen Außenpolitik, besteht eine unerschütterte Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich, eine Uebereinstimmung, die nach der Auffassung des englischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ bereits so weit geht, daß die englischen Staatsmänner die von französischer Seite geforderte Verbindung von Abrüstungs- und Sicherheitsfragen übernehmen.

Belgisches Uebergangskabinet.

Für die Auflösung der belgischen Kammer und des Senats und die Durchführung von Neuwahlen ist in Belgien ein Uebergangskabinet gebildet worden. Ministerpräsident ist der Katholik Graf de Broqueville. In dem Kabinet sind vier Katholiken, fünf Liberale und drei Vertreter der Christlichen Demokraten.

Neue Indienkonferenz.

Vom britischen Indien-Ministerium wird mitgeteilt, daß die von England vorgeschlagene neue englisch-indische Konferenz unter dem Vorsitz von MacDonald am 15. November in London eröffnet werden soll. Zur Erleichterung der Aussprache sollen nur etwa 40 Personen daran teilnehmen.

Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß Mitglieder des allindischen Kongresses an dieser Konferenz nicht teilnehmen werden, sondern daß es nur zu einer Aussprache der britischen Regierung mit einigen indischen Liberalen und Anhängern des Imperialismus kommen wird. Von großem Interesse wird diese Konferenz nicht sein; denn wahrscheinlich wird sie nur die Ergebnisse der Verständigung zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften und Kasten, die in Indien jetzt Fortschritte macht, buchen oder auch stören.

Daß die britische Regierung wieder einige Länder die weite Zweck haben, den Indern später vorhalten zu können, daß die neue indische Verfassung unter Mitarbeit ihrer Landesleute zustande gekommen sei.

Japanische Kolonialpolitik in der Mandschurei.

Am Freitag sind in Dairen 8000 japanische Reservisten eingetroffen; sie sollen in der Nähe von Mukden angesiedelt werden und dort Landwirtschaft betreiben.

Sie erhielten Gewehre, Munition und Maschinengewehre zum Schutz ihres Eigentums.

Das japanische Kolonialministerium hat eine Million Yen (knapp eine Million Mark) für die japanische Kolonisation in der Mandschurei zur Verfügung gestellt.

Eine Nazi-Mehrheit zog bei den Neuwahlen am Sonntag in die Leipziger Gewerkekammer ein: 14 Nazis von 21 Mitgliedern.

Mißtrauen zwischen Frankreich und Italien.

Mussolini zur „Gleichberechtigung“.

Hr. Im Rahmen der Festlichkeiten, die in Italien zur Zehnjahresfeier des „Marsches auf Rom“ begangen werden, hat Mussolini am Sonntag in Turin vor etwa 200 000 Zuhörern eine Rede gehalten, in der er sich vor allem mit den Fragen der Außenpolitik auseinandersetzte.

Zur Frage des Völkerbunds

und seines Versagens erklärte Mussolini: Weil der Völkerbund zu universell ist, kann es vorkommen, daß seine Anweisungen mit der Entfernung an Wirksamkeit verlieren. In Europa mag er wirksam sein, im Fernen Osten und in Amerika bleiben seine Worte nur Worte. Es sind Versuche unternommen worden, Europa von dieser universellen Konstruktion zu befreien. Ich glaube, wenn morgen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Anerkennung unserer heiligen Rechte die notwendigen und ausreichenden Voraussetzungen für ein Zusammenarbeiten der vier großen Weltmächte erreicht würden, so könnte Europa in politischer Hinsicht ruhig sein.

Zur deutschen Gleichberechtigungsthese:

Sie ist nach Auffassung des Faschismus vollkommen berechtigt. Das muß man so klar wie möglich anerkennen. Solange aber die Abrüstungskonferenz noch dauert, darf Deutschland nicht fordern, sich entsprechend aufzurüsten. Wenn die Konferenz aber ergebnislos zu Ende geht, kann Deutschland nicht im Völkerbund bleiben, solange nicht diese Entrechtung, die Deutschland erniedrigt, beseitigt ist. Wir wollen keine Hegemonie in Europa, vor allem keine auf einer offenbaren Ungerechtigkeit aufgebaute Hegemonie.

Wichtiger als die Stellungnahme für Deutschland ist in diesen Worten die Absage an Frankreich. Um die französische Hegemonie in Europa nicht dulden zu müssen, ist Mussolini bereit, unter Umständen einer vertragswidrigen deutschen Aufrüstung und damit Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund zuzustimmen.

Dieses Zugeständnis ist andererseits sehr vorsichtig gefaßt. Mussolini traut den französischen Plänen nicht und bereitet den Gegenschlag vor; aber er wünscht anscheinend vorläufig keinen Zusammenstoß — und sei es auch nur, weil seine eigenen Rüstungen dafür noch nicht hinreichend ausgebaut sind. Daher sein Eintreten für die ungestörte Durchführung der Abrüstungskonferenz und —

mehr noch — für eine verkleinerte Neuauflage des Völkerbundes, die nur Deutschland, England, Frankreich und Italien umfassen soll und bei der Italien sich in erster Linie mit Frankreich auseinandersetzen hätte. Daher auch Italiens rasche Zusage zu der Einladung, an der Viererkonferenz teilzunehmen.

Herriots Pläne für seine Spanienreise.

Wie die Telegraphen-Union meldet, wird Herriot bei seinem bevorstehenden Besuch in Madrid erneut um das Durchfahrtsrecht für französische Truppen bitten, die im Kriegsfall von Nordafrika nach Frankreich transportiert werden sollen. Die Mittelmeerlinie Algier—Marseille sei ständig durch Italien bedroht. Herriot wird nach diesen Meldungen ferner darüber verhandeln, daß Spanien im Kriegsfall die von ihm beherrschte Gibraltar-Straße neutral hält und einen italienischen Uebergriff nicht duldet. Unter diesen Umständen wäre für Frankreich der Seeweg nach Marokko durch den Atlantischen Ozean gesichert. Der am Atlantischen Ozean gelegene marokkanische Hafen Casablanca ist für die Uebernahme des eines Verkehrs schon erweitert und mit den Mittelmeerbahnen Algier und Oran durch eine jetzt voll ausgebaut Bahn verbunden worden.

All diese Pläne zeigen, wie gespannt das französisch-italienische Verhältnis ist.

Keine Isolierung Frankreichs.

Angesichts derartiger Meldungen ist es in Deutschland wichtig, dem Fehlschluß vorzubeugen, als sei Frankreich auf dem Weg in die politische Isolierung. Die Stolpersche Wochenschrift „Der deutsche Volkswirt“ ist in ihrer Nummer von der vorigen Woche diesem Fehler wieder erlegen. In dem „Rundblick“, mit dem der Verfasser des betreffenden Artikels Frankreichs Beziehungen zu den übrigen europäischen Staaten mustert, spielt das Verhältnis zu Italien eine entscheidende Rolle, die im wesentlichen gewiß richtig gesehen ist. Konkurrenz in Afrika, auf dem Balkan und im Mittelmeer, das sind die Streitpunkte, die einen friedlichen Verkehr zwischen beiden Staaten erschweren, wenn auch, wie die Rede Mussolinis zeigt, auf italienischer Seite eine gewisse Verhandlungsbereitschaft besteht. Für die Frage einer französischen Isolierung sind aber die Differenzen Frankreichs mit Italien in keiner Weise ausschlaggebend. Dafür ist das Verhalten Englands entscheidend. Und dieser Punkt kommt im „Volkswirt“ zu kurz.

Zehn Jahre Fackelreiter-Verlag.

Der Fackelreiter-Verlag begeht in diesen Tagen das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens. Er gibt aus Anlaß dieses Tages einen besonderen Katalog heraus, in dem die Bücher angezeigt sind, die dem Verlag seinen Stempel aufdrücken: Bücher die auf die Herausbildung einer Gesinnung gerichtet sind. Und zwar nicht irgend einer Gesinnung, sondern einer ausgeprägten antimilitaristisch-republikanischen Gesinnung.

Der rote Faden: Antimilitarismus, Antimuckenismus, Antikapitalismus, der sich durch die ganze Tätigkeit des Verlages und seines Besitzers, Walter Hammer, zieht, hat ihm viele Freunde gewonnen. Freilich, was bei der organisierten Gesinnungslosigkeit unserer Tage kein Wunder ist, noch mehr Feinde. Diese Feinde stehen nicht nur im Lager der Kapitalisten, sondern auch in dem der sogenannten Linken. Denn mit nichts kann man heute mehr anecken als mit Entschiedenheit. Sozialisten sind zwar auch gegen den Krieg, aber man muß doch nicht gleich so unzweideutig alle Beziehungen zu Militaristen abbrechen; Sozialisten sind zwar auch gegen die Ausbeutung, aber man muß doch nicht gleich auch die Tätigkeit der Kirche dabei mit erörtern, und vor allem auch die Frage des Rechts nicht auch mit auf die Interessen der Tiere ausdehnen, und das nicht nur literarisch theoretisch, sondern auch praktisch durch entschiedenes Eintreten für das Recht der Tiere und eine vegetarische Lebensweise. Gegen Militarismus, Kirchentum, Kapitalismus, Tier- und Menschenschänderei in jeder Gestalt — das ist das theoretische und praktische durchgeführte Programm des tapferen Fackelreiter-Verlages.

Zu diesem Programm und dieser Tat der Durchführung wünschen wir ihm und seinem Leiter Walter Hammer weiter viel Glück! Freilich das bloße Glückwünschen genügt nicht. Welcher Sozialist irgend ein Buch in dieser Zeit zu kaufen nötig hat, das der Pflege einer aufrechten Gesinnung dienen soll, der möge an den Fackelreiter denken. (Prospekte erbitten sollte man auf alle Fälle!) Ideen können sich nur durchsetzen, wenn sich auch materielle Kräfte für ihre Durchsetzung einsetzen. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn sich für ein so gutes Unternehmen, wie den Fackelreiter-Ver-

lag nicht genügend Unterstützung fände. In diesem Sinne: Glückauf zu weiteren Taten und Erfolgen im Dienst des Sozialismus!

Matinee der Vernunft.

F. G. Die „Jugendliga für Menschenrechte“ in Berlin veranstaltete am Sonntag in der „Kamera“ eine Feierstunde. Heinrich Vierbücher hielt eine kurze eindringliche Ansprache gegen den Krieg. Das politische Marionettentheater war aktuell, witzig und schlagend und wurde meisterhaft gespielt. Ein Mangel hieran, wie auch an Vierbüchers Rede, war das Fehlen von konkreten Hinweisen für das Handeln des Einzelnen. Wir kennen die Schwierigkeiten, die für eine Organisation wie die „Liga für Menschenrechte“ auf diesem Gebiet vorliegen. Daran ist die Verflachung und Zersplitterung der sozialistischen Bewegung schuld. Diesen Zusammenhang immer wieder ins Bewußtsein zu heben, ist dringend nötig, da einheitliches Handeln heute unerlässlich ist.

Am Schluß wurde der Film „Kameradschaft“ gezeigt. Dieser Film, der wie kein anderer geeignet ist, den Nationalismus an der Wurzel zu treffen; wird vor der Arbeiterschaft viel zu wenig aufgeführt. Es wäre eine Aufgabe für Organisationen wie den ADGB, diesen Film systematisch an allen Orten gegen einen ganz niedrigen Eintrittspreis laufen zu lassen, und damit das erschütternde und vorwärtstreibende Erlebnis internationaler Solidarität in die gesamte Arbeiterschaft hineinzutragen.

„Mieter Schulze gegen Alle.“

P. S. Der zweite Film des Carl-Fröhlich-Kollektivs — an den ersten: „Mädchen in Uniform“ werden sich viele unserer Leser erinnern — verdient schon darum unsere Beachtung, weil er ohne Stars gedreht wurde und weil er sich um eine ehrliche Darstellung des Milieus einer Mietskasernen bemüht.

Schulze soll exmittiert werden und hat zunächst in der Räumungsklage alle Mieter als Verbündete, bis der Hausbesitzer nach dem bequomen Prinzip: „Teile und herrsche!“

jeden einzelnen Mieter durch kleine Versprechungen auf seine Seite schafft. Da Schulze anständig genug ist, einen Meiseid, der den Ausgang des Prozesses zu seinen Gunsten herbeiführen könnte, zu verhindern, so würde er wohl daran glauben müssen, wenn nicht ein „weiser und gerechter Richter“ eingriffe und ein salomonisches Urteil spräche. Dieser Richter sagt den Parteien, sie sollten das Prozessieren lassen; denn jedenfalls würde sich dieser Prozeß, in den eine Fülle von Beleidigungsklagen verstrickt sind, über 5 Jahre hinziehen und bis dahin wären alle Beteiligten seelisch und finanziell ruiniert. Mit überlegener Geste diktiert er den Verwaltern und die Parteien sind klug genug, ihren kleinbürgerlichen Hader zu begraben und sich zu fügen.

Wir sind überzeugt, daß es eine ganze Reihe von Amtsrichtern gibt, die in ähnlichen Fällen genau so sprächen und genau so viel gesunden Menschenverstand an den Tag legten wie der Richter hier im Film, aber damit ist es nicht getan. Denn im Film kommt jeder Erscheinung eine doppelte Bedeutung zu; sie spielt ihre Rolle im Verlauf der Handlung, und unbewußt verallgemeinern die Zuschauer. So hier: Auge, Ohr und Gemüt der Zuschauer sind 1½ Stunden lang mit Streit, Zank und Hader gequält worden. Jetzt erscheint in Großaufnahme das gültige Gesicht, umrahmt von Barrett und Talar, spricht die richtigen Worte, und diese Worte wirken befreiend, weil sie so verblüffend einfach sind. In diesem Moment löst sich der Druck von tausend Kinobesuchern, die 1½ Stunden lang mit Mieter Schulze gegen Alle gekämpft haben. Ein Gefühl der Geborgenheit beschleicht sie angesichts der freundlich milden Autorität des Allvaters Richter. Nicht nur die Personen der Handlung, der böse Hausbesitzer wie der gute Schulze, der meiseidige Junge wie das feige Mädchen, sondern die Normal-Kinobesucher selber werden vor ihm zu Kindern.

Der optische Eindruck ist gefährlich; denn er haftet. Tausende sehen diesen Film, Tausende werden in ihrem Glauben an den „Recht verkündenden“ Richter neu bestärkt. So wie der Film die bestehenden Institutionen des Gerichts darbietet, wird er zum Diener der bestehenden Ordnung. Hier liegt einer der wichtigsten Gesichtspunkte, unter dem wir Filme betrachten müssen — unter diesem Gesichtspunkte bedeutet dieser Film eine Gefahr — ein Nachteil, der durch die lebenswahr und ehrlich gespielten Gestalten, die er unzweifelhaft enthält, nicht aufgehoben wird.

Arbeitsdienstlager der Arbeiterschaft?

Weitere Zuschriften zu unserer Rundfrage.

... aus den bisher gemachten Erfahrungen kann man sehen, zu welchem Zweck der FAD von den Reaktionären eingerichtet wurde, nämlich als Uebergang zur Arbeitsdienstpflicht. Wenn man die Praxis ansieht, so wird einem mit erschreckender Deutlichkeit klar, in welchem starkem Maße die jungen Menschen von unseren Gegnern beeinflusst werden. Es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß der FAD aus Mangel an Arbeitswilligen von selbst aufhört. Ja, es ist gerade umgekehrt; die Jugendlichen drängen sich dazu: Sie haben Beschäftigung, liegen ihren Eltern nicht zur Last, erhalten etwas Taschengeld und sie werden von der Romantik des Lägerlebens angezogen.

Um die Gefahr der nationalistischen Verhetzung zu beseitigen, müssen die Gewerkschaften eigene Lager einrichten. Sie haben dabei die Möglichkeit, die Teilnehmer im Sinne der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Früher geschah diese Erziehung in der Fabrik. Das ist jetzt sehr eingeschränkt. Darum müssen die Gewerkschaften ein Gegengewicht gegen die reaktionären Arbeitsdienstlager schaffen.

Es gilt, den FAD so aufzuziehen, daß er das Gegenteil von dem wird, was er werden sollte, und seinen eigenen Erzeuger auftritt.

Wenn es den Gewerkschaften gelingt, eine genügend große Anzahl von jungen Menschen zu beeinflussen, namentlich in der Richtung, daß sie eine Arbeitsdienstpflicht energisch ablehnen, dann ist das Argument hinsichtlich der Durchführung eigener Arbeitsdienst-Lager hemme die Stoßkraft der Arbeiter gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Um die hier gezeigte Aufgabe zu erfüllen, müssen die freien Gewerkschaften allerdings viele Arbeitswillige erfassen und sie durch gut geschulte Kräfte erziehen lassen.

Es läßt sich zwar schwer entscheiden, was zusätzliche Arbeiten sind, aber

bei einer gewerkschaftlichen Führung hat man doch eine größere Sicherheit gegen einen Mißbrauch des FAD, wobei ich besonders an Streikbrecherarbeit denke.

Es ist eingewandt: „Die Arbeiter-Organisationen werden gebindert werden, die Arbeitslager in ihrem Sinne zu gestalten.“ Hierzu ist zu sagen, daß den Gewerkschaften daran liegen muß, die Erwerbslosen für die Arbeiterschaft zu gewinnen und

deshalb sollen die Gewerkschaften nicht kampflös ihren Gegnern das Feld überlassen.

Eine Aufhebung der Verordnung über den FAD durch die Arbeiterschaft kommt bei ihrer augenblicklichen Schwäche vorläufig nicht in Frage. Die Gewerkschaften sollten daher wenigstens versuchen, dem FAD der Reaktionäre durch die Schaffung eigener Lager die nationalistischen Giftzähne auszubrechen.

Willi Zwanzig (Braunschweig).

Alle Sozialisten sind wir selbstverständlich gegen die Arbeitsdienstpflicht. Der freiwillige Arbeitsdienst ist nur als eine Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht zu betrachten. Daß die Regierung nicht sofort die Arbeitsdienstpflicht einführt, ist wohl nur ein geschicktes Vorgehen ihrerseits, um die Arbeiterschaft nicht gleich vor den Kopf zu stoßen. Jedenfalls hat die Regierung schon zugegeben, daß sie nach dem freiwilligen Arbeitsdienst die Arbeitsdienstpflicht einführen wird, falls sich zeigt, daß mit dem freiwilligen Arbeitsdienst gute Erfolge erzielt werden.

Was erhofft die Regierung vom freiwilligen Arbeitsdienst? Sie spricht von der körperlichen Ertüchtigung der Jugend. Damit meint sie die

Militarisierung der Jugend.

Außerdem will sie die seelische Not der Jugend mildern.

Diese Erfolge, von denen die Regierung spricht (körperliche Ertüchtigung der Jugend und Verminderung der seelischen Not) werden erzielt, unabhängig davon, ob die Arbeiterorganisationen eigene Lager einrichten oder nicht. Wenn die Arbeiter eigene Lager aufmachen, so helfen sie direkt an dem Gelingen des Planes der Regierung mit; denn diese könnte dann auf die erzielten Erfolge besonders hinweisen und die Arbeitsdienstpflicht leichter einführen.

Darum ist es falsch, wenn Arbeiter-Organisationen sich am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen.

Um zu verhindern, daß die Arbeiterjugend in die nationalistischen Arbeitslager geht, haben ja die Gewerkschaften und auch andere Arbeiterorganisationen die Möglichkeit, die Arbeitslosen enger zusammenzufassen, Unterhaltungsabende zu machen, Sport zu treiben, auf Fahrt zu gehen und anderes. Dadurch wäre die seelische Not der Arbeitslosen weitgehend gelindert. ... Da es heute dringend nötig ist, zu verhindern, daß die Arbeitslosen in die nationalistischen Arbeitslager laufen, ist es erforderlich, daß zum mindesten die einzelnen Arbeiterorganisationen die genannte Aufgabe sofort in Angriff nehmen. Weiterhin besteht aber für uns die Aufgabe, darauf zu drängen, daß sich die Arbeiterorganisationen zu einer gemeinsamen Front zusammenschließen. Im Gegensatz zum Arbeitslager wäre ein solcher

Zusammenschluß auch der Arbeitslosen unabhängig von der Regierung.

Politische Justiz der Woche.

In der Woche vom 16. bis 22. Oktober wurden, soweit uns bekanntgeworden ist, wegen politischer Vergehen insgesamt folgende Strafen verhängt:

Gegen politisch Linksstehende 106 Jahre Freiheitsstrafen, davon 42 Jahre Zuchthaus;

gegen Nationalsozialisten 4 Jahre Gefängnis; kein Zuchthaus.

Einige der in diese Zusammenstellung aufgenommenen Fälle haben wir im einzelnen berichtet. Zu den Strafen gegen Linksgehörige am Sonntag in dem Hamburger Prozeß gegen die Kommunisten Feddersen und Genossen verhängten 16½ Jahre Zuchthaus und 12 Jahre 4 Monate Gefängnis. In diesem Prozeß handelte es sich um eine Schießerei, bei der zwei Nationalsozialisten getötet worden waren.

Opfer des Nazi-Terrors.

Am vorgangenen Freitag wurde der von Nationalsozialisten in Eichstätt bei Berlin ermordete Landarbeiter Borowski unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft aus Volten, Vehlefanz und Eichstätt zu Grabe getragen. Von den verhafteten vier Nazis befinden sich zwei schon wieder auf freiem Fuße.

Am Sonnabend fand in Essen die Beerdigung des von Nazis erschossenen Mitgliedes der „Eisernen Front“ statt. Wie uns berichtet wird, beteiligten sich an dem Begräbnis auch Abordnungen der „Antifa“ mit mehreren KP-Fahnen. Die Redner am Grabe sprachen sehr vernünftig, so daß die Einheitlichkeit der Demonstration nicht gestört und ein gutes Beispiel einer Einheitsfront der Arbeiter gegeben wurde.

Aus dem Füllhorn des Artikels 48.

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen unbefugten Gebrauch von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern vom 20. Oktober lautet:

„Auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Wer ein Kraftfahrzeug oder ein Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch nimmt, wird, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe

bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, Landkraftfahrzeuge nur insoweit, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. November 1932 in Kraft.

Es ist aber in Frage zu stellen, ob der Reichskommissar die Schaffung solcher Einrichtungen in größerem Maße zulassen wird.

Nehmen wir jedoch an, es wird der Arbeiterschaft nichts in den Weg gelegt, sich solche Einrichtungen zu schaffen, so darf sie sich deswegen doch nicht am Arbeitsdienst beteiligen, weil auf der andern Seite die Einführung der Arbeitsdienstpflicht wesentlich erleichtert wird. Damit wären aber die Einrichtungen (Sportplätze u. a.) zu teuer bezahlt.

Rose Slongo und Otto Scaruppe (Berlin).

bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen seinen Ehegatten oder gegen einen Verwandten absteigender Linie begeht, ist straffrei. Kraftfahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind die Fahrzeuge, die durch Maschinenkraft bewegt werden, Landkraftfahrzeuge nur insoweit, als sie nicht an Bahngleise gebunden sind.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 1. November 1932 in Kraft.

Ausgezeichnet bewährt ... Ein „Wirtschaftsführer“ plappert.

t. Dr. Silverberg wurde Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Louis Hagen. Bei Übernahme des Amtes hatte er die — milde gesagt — Kühnheit, auszuführen, daß auch in der heutigen Krise das Bestreben aufrechterhalten bleiben müsse, den kaufmännischen und industriellen Beruf zu führen nach den Grundsätzen des ehrbaren Kaufmannes. Die deutsche Kaufmannschaft sei in diesen Bestrebungen von keinem anderen Volke übertroffen worden. So habe sich in dieser schweren Krise sowohl die Industrie als auch das Unternehmertum ausgezeichnet bewährt.

Silverberg drückte die Erwartung aus, daß die Reichsregierung in ihren zuerst angekündigten Wirtschaftsmaßnahmen konsequent bleibe und sich von den Hemmungen der Kontingentierung wieder befreie. Warum haben die bewährten Wirtschaftsführer überhaupt den Junkern zu solchem Unfug die Hand gereicht?

Den ersten Flugraketenstart auf dem Tempelhofer Flugplatz führte am Sonntag der Raketenerbauer Tilling vor. Die Rakete trieb den etwa vier Meter langen Flugkörper 800 Meter empor. Dann entfalteten sich langsam zwei Tragflächen, die einen spiralartigen Gleitflug zur Erde ermöglichten.

Ohne Schnaps soll auch die Wahl am 6. November vor sich gehen. Braucht hat für den 5. und 6. November den Branntweinausschank in Preußen untersagt.

BRUNO GLUCHOWSKI
BOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (11)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Sie sind in der Politik bewandert, sprechen von Revolution und Freiheit im Osten, in Sowjetrußland, haben sich an der Front mit ihren russischen „Feinden“, mit den Muschiks verbrüdet. Auf ihren dumpfigen, tabakqualmerfüllten Buden haben sie Debattierklubs gebildet, reden sich heiß, aus Büchern von Marx, Engels, Bakunin, Bogdanoff und Lenin ihren Geist schleifend. Sie sind es, die in der Grube Ravierräte bilden, die Stimmung der Kumpels zu den Betriebsräten tragen, bei Versammlungen und Streiks die Wortführer ihrer Kameraden sind, oft in ungelinker, holpriger Rede, aber mit Elan, mit dem Feuer der Begeisterung für eine gute Sache. Sie sind das geistige Element der Menage, das bewußt revolutionäre.

Alle Schichten des Volkes sind in der Menage vertreten, vom Hamburger Kuli, der infolge des gänzlichen Daniederliegens der Schifffahrt keine Heuer bekommen konnte und nach dem alten Sprichwort handelnd: „Alles, was nicht taugt auf Erden, kann zuletzt noch Bergmann werden“, ins Ruhrgebiet gekommen ist, seine Sehnsucht nach dem weiten, freien Meer und nach Salzwasser- und Teergeruch in der Tiefe des Schachtes erstickend, bis hinauf zum Studenten, der kriegsfreiwillig ins Feld zog und nun durch die Bergarbeit die Mittel zu weiterem Studium zu verdienen sucht. Bäcker, Schuster, Schneider, Stellmacher, Tischler, Mechaniker, Bürogehilfen, entlassene Freischärler und Sträflinge, und viele Landarbeiter und Bauernstöhne, die auf den riesigen Feldern eines Rittergutsbesitzers oder der kleinen väterlichen Scholle keine Möglichkeit fanden, jemals einen eigenen Herd zu gründen, sie alle waren ins Ruhrgebiet gekommen, angezogen von dem Verdienstzauber, den Versprechungen von hohen Löhnen, guten Arbeitsverhältnissen und billigen Wohnungen. Für sie ist das Ledigenheim meist nur die Uebergangsstation in ein besseres

Leben, in eine höhere Lebensweise. Sie träumen davon, nach einigen Wochen Menage in ein Kosthaus bei einem Kumpel überzusiedeln, dort Geld zu sparen, sich eine Braut zu suchen oder die übrige aus der Heimat nachkommen zu lassen, und dann Möbel zu kaufen und zu heiraten. Wer Glück hat, heiratet die Tochter des Kostbauern, bleibt bei ihm wohnen und ist so der Sorge um Möbel und Wohnung enthoben. Und ist es mal knapp mit dem Geld, nun, da hilft die brave Schwiegermutter gern mit Lebensmittel oder ein paar Mark aus. Es bleibt ja alles in der Familie. Die Frequenz des Ledigenheims ist dauernden Schwankungen unterworfen. Menschen kommen, Menschen gehen, wie in einem Taubenschlag ist es oft. Manche bleiben nur zwei oder drei Tage, haben dann schon die Nase voll von Pütt und Ruhrgebiet, holen ihre Flebben und hauen in'n Sack. Wenn sie in ihre Heimat kommen, werden sie bestimmt nichts Gutes über das Land von Kohle und Eisen erzählen.

Von all dem Kommen und Gehen bleibt nur einer unberührt, Martin Brückner, der Bullenvater. Ueber 160 „Jungens“, wie er sie nennt, hat er zu verpflegen. Kostgeld braucht er keins einzuhalten, das besorgt die Zeche schon auf den Lohnabrechnungen. Die Proviantmengen teilt er so ein, daß genug für ihn, seine Schweine und seine Familie übrigbleibt. Und was er so noch alles verschleibt, das kann kein Mensch genau sagen. Wer an der Quelle sitzt, der trinkt zuerst, heißt es, und der Krieg hat die Menschen gelehrt, zu schlafen und zu stehlen, wenn sie Geld verdienen oder nicht verhungern wollten. Man munkelt, daß Brückner die Hälfte aller zugeworfenen Lebensmittel hinterrum verkauft, aber es ist sehr übertrieben. In Wirklichkeit macht er nicht mehr wie den vierten Teil zu Geld. Und Brückner ist doch ein guter Kerl, hat den Flaschenbierhandel in der Menage, versorgt seine Jungens mit dem edlen Gerstensaft. Haben sie auch kein Geld, so schreibt er den Betrag an, läßt sich ein Pfand geben, das den Wert der Ware um das Dreifache übertrifft, und wenn sie es nicht einlösen können, weil sie zuwenig Lohn herausbekommen haben, nun, dann gehört das Pfand ihm. Wucher, nennen die einen das, aber es ist kein Wucher, Martin Brückner hilft aus purer Menschlichkeit. In den drei Jahren hofft er, so viel Geld zusammen zu haben, daß er den Traum seines Lebens verwirk-

lichen und sich einen Kotten im Münsterlande kaufen kann. Dann können sie ihm alle den Buckel runterrutschen, zuerst aber der Magazinverwalter, der immer etwas zu meckern hat wegen zu vielen Lebensmittelverbrauchs.

Montagsmorgen. Müde und verdrossen schreiten die Kumpels zum Schacht, der Sonntag steckt ihnen noch in den Knochen. Die Lampen schlenkern in ihren Händen, die schweren Sohle schlurft über Stein und Eisen. Nach einem Tage der Ruhe beginnen wieder sechs Tage schwerster Arbeit. Günther Gerling geht durch den Laufgang zum Schacht, kommt an einigen langsam gehenden Steigern vorüber, die er mit „Glück auf“ begrüßt.

„Gerling, warten Sie mal“, ruft ihm sein Reviersteiger nach, er bleibt stehen.

„Wie lange sind Sie jetzt schon bei mir im Revier?“

„Drei Monate, Steiger Schäfer.“

„Eigentlich ein bißchen wenig, lob meine, weil ich Sie vor Kohle tun will. Aber es läßt sich schon machen. Groß und stark sind Sie, haben Knochen wie ein Bär, und anstellig sind Sie auch. Also, von heute ab kommen Sie ins Gedinge. Melden Sie sich bei Strugalski in Flöz 5 auf der Sohle, Aufhauen. Sie können da die Kohlen fahren.“

„Ist gut, Steiger, Glück auf.“

Donnerwetter, denkt er weitergehend, das nennt man Schwein. Erst drei Monate im Pütt und schon Gedingeschlepper. Andere müssen ein Jahr oder zwei schleppen, ehe sie vor Kohle kommen, und im Gedinge gibt's 90 Prozent des Akkordlohns der Kohlenhauer. Feine Sache, das gibt Pinkepinke, das gibt Marie. So ist Günther voller Freude, Geld kann man immer gebrauchen, ist das wenigste, was man hat. Also, jetzt in die Hände gespuckt, Gedingeschlepper Günther Gerling aus Berlin, der vor drei Monaten noch keinen Kohlberg und keine Zeche kannte. Am Schacht trifft er seinen alten Kumpel Andreas, den Slowaken, von dem er schon allerhand gelernt hat in diesen dreizehn Wochen, brüllt ihn an: „Glück auf!“

„Verdammt, du hast ja schon son Spaß heute morgen, was is los, Junge?“

„Hab andere Arbeit, komm vor Kohle.“

(Fortsetzung folgt.)

Glänzende Abwehraktion bei der „Krafttag“.

Musterbeispiele an Solidarität.

R. H. Berlin, 23. Oktober.

Am Freitag trat die etwa 500 Mann starke Belegschaft des großen Depots der Berliner „Krafttag“ in der Sophie-Charlotte-Straße in den Streik, nachdem eine gut besuchte Depotversammlung stattgefunden hatte. Der Hauptkonflikt geht um den Benzintarif. Die Chauffeure müssen das verfahren Benzin selber bezahlen, bisher wurden ihnen für das Liter 24 Pfennige berechnet, jetzt soll der Preis um 1 1/2 Pfennige erhöht werden. Die „Krafttag“-Fahrer kämpften schon immer gegen diese Anrechnung des verbrauchten Benzins; nach der jetzigen Preiserhöhung erscheint ihnen diese Bestimmung bei ihren sowieso geringen Einnahmen ganz untragbar. Früher mußten im Höchstfall 14 Liter bezahlt werden, das darüber hinaus verbrauchte Benzin wurde von der Firma bezahlt. Gleichzeitig mit der Erhöhung des Benzintarifs wollte die Direktion den Garantielohn von 4,75 Mark auf 4,25 Mark herabsetzen. Der Streik griff noch am Sonnabend auf die anderen Hauptdepots in der Gartenstraße und Wrangelstraße über.

Unsere Nachforschungen an Ort und Stelle ergaben durchweg ein gutes Bild von der Streiklage. Von 225 Wagen in der Sophie-Charlotte-Straße mit durchschnittlich zwei Fahrern pro Wagen, fuhren am Sonnabend nur noch 25 bis höchstens 30 aus. Von diesen kehrten nur etwa 10 ins Depot zurück.

Ein Teil der Streikbruch-Wagen wurde von den Streikenden unterwegs durch Unbrauchbarmachung der Bereifung oder auch Umwerfen der Wagen außer Betrieb gesetzt.

Am Sonntag lag in der Sophie-Charlotte-Straße der Betrieb ganz lahm. Ebenso fahren in der Wrangel- und Gartenstraße (rund 160 Wagen mit über 500 Fahrern) nur ganz vereinzelt Wagen. Die Fahrer müssen immer gewärtig sein, von ihren mit Recht empörten Kollegen am Fahren gehindert zu werden. An den Standorten der Taxen sind nur äußerst selten die durch ein gestanztes K am Kühler kenntlichen Wagen der „Krafttag“ zu finden, alle anderen Wagen sind Privatwagen. Zum Teil unterstützen die Privatfahrer ihre streikenden Kollegen, indem sie an den Taxistandorten immer vor die Streikbruchwagen fahren und so verhindern, daß diese Fahrgäste bekommen, da nach den Polizeivorschriften die Wagen nur in der Reihenfolge ihrer Aufstellung fahren dürfen. Auch die Haltung der erwerbslosen Kollegen ist erwähnenswert. „Was nützt es mir, wenn ich Arbeit bekomme und kann von meinem Lohn auch nicht leben und nicht sterben“, sagte ein erwerbsloser Kollege, „soll ich deshalb etwa an meinen streikenden Arbeitsgenossen zum Verräter werden?“ Und ein anderer Arbeitsloser meinte zu einem ängstlichen „Krafttag“-Fahrer, der fürchtete, er müsse verhungern, wenn er einige Tage keine Einnahmen habe:

„Wir Erwerbslosen mit unseren paar Mark in der Woche loben ja auch noch, da werdet Ihr auch nicht gleich verhungern, je energischer und einheitlicher aber der Kampf jetzt geführt wird, desto sicherer und schneller kommt der Sieg!“

Selbstverständlich beteiligten sich die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen geschlossen an der Bewegung. Am Sonnabend fand nach einer Abstimmung der Verkehrssektion des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes statt, in der mit Zweidrittelmehrheit die Beteiligung an dem Streik beschlossen wurde. Die Sektionsleitung wird allerdings diesen Streikbeschluß ihrer Mitglieder nicht anerkennen können, da sie bereits einen neuen Tarifvertrag mit den Unternehmern abgeschlossen hat und wegen Tarifbruchs gerichtlich bestraft würde. Die freigewerkschaftlichen Kollegen sind dadurch natürlich nicht gezwungen, Streikbrecherarbeit zu leisten. „Wie könnten alte Gewerkschafter ihren Kollegen in den Rücken fallen, wenn sogar die Nazis unter dem Druck der Belegschaft mitstreiken und am Sonnabend in der Sophie-Charlotte-Straße sogar mit Streikposten standen?“ Viele Kollegen äußerten sich sehr ungehalten über die freigewerkschaftlichen Betriebsobleute. Verschiedentlich konnte man auch hören, die freigewerkschaftlichen Kollegen hätten eine Unterschriftensammlung eingelegt, um beim Arbeitsgericht die Zurückziehung dieser Funktionäre, die die Interessen ihrer Wähler so schlecht vertreten und den gewerkschaftlichen Kampfzielen direkt entgegenhandeln, zu erwirken. Genaues konnten wir darüber leider noch nicht erfahren.

Wohin man kommt, überall vor den Betrieben Streikposten und diskutierende Gruppen, überall Kampfschlossenheit: „Wir können nichts mehr verlieren!“ — „Es ist ganz egal, welchem Verband einer angehören mag, wer aber hier nicht

Drei Dementis.

1. Die „zuständige Stelle“ in Berlin erklärt zu den Gerüchten über eine Erschütterung des Kabinetts P a p e n : es sei vollständig einig und nicht gewillt, seinen Kurs zu ändern.

2. Herr von Schleicher wendet sich durch das WTB gegen die „geradezu absurde Idee“, daß er seinen Aufenthalt in Badenweiler „zu politischen Besprechungen benutze, die den Bestand des gegenwärtigen Kabinetts gefährden könnten“. Er sagt weiter: „Abgesehen davon, daß ich mit dem mir befreundeten Reichskanzler von Papen sachlich und politisch völlig übereinstimme, habe ich während meines Aufenthaltes in Badenweiler noch keine politische Persönlichkeit größeren oder kleineren Formates gesehen oder gesprochen und gedenke das auch in Zukunft nicht zu tun.“

3. Leipart erklärt durch den „Vorwärts“, daß er weder an Verhandlungen mit Schleicher — gemeint sind neueste Verhandlungen — noch an irgend welchen Besprechungen über eine Regierungsbildung teilgenommen habe. Mit den (gewerkschaftsfreundlichen) Redereien Straßers habe er, erst recht nichts zu tun.

Neuer Vorstoß des Muckertums.

Der proletarischen Körperkulturschule Adolf Kochs in Berlin ist mit Erlaß des Staatskommissars für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ab 1. November die Weiterarbeit verboten worden unter der fadenscheinigen „Begründung“, daß die von der Schule neben der gymnastischen Ausbildung betriebene ärztliche Beratung und vorbeugende Behandlung ihrer Mitglieder mit Höhensonne und Brausebädern nicht statthaft sei.

Das ist wohl nur ein Vorwand. In Wirklichkeit ist die Schule wegen der von ihr betriebenen Propaganda für die Freikörperkultur und wegen ihrer sexualhygienischen Bestrebungen unter der Arbeiterschaft, den „malgebunden Stellen“ längst ein Dorn im Auge. Bezeichnenderweise stützt sich das reaktionäre Verbot auf eine Staatsverfügung vom Dezember 1839!

„Lange habe ich mit mir gerungen. Viele schlaflose Nächte...“ Mit einem so beginnenden Brief an Hitler hat der Präsident des Bremischen Landtags (Bürgerschaft), Bachhaus, seinen Austritt aus der NSDAP, die Niederlegung seines Bürgerschaftsmandats und seines Amtes als Präsident der Bürgerschaft mitgeteilt. Als Grund gibt er an, daß Hitler gegen den bis zum Mittel des Dolches gehenden Kampf der Nazis gegen die anderen Harzburger kein Wort verloren hat.

mitmacht, wo es um die Interessen der gesamten Belegschaft geht, ist ein moralischer Müllkasten und hat überhaupt keine Ideale mehr!“ rief ein Streikposten in einer Diskussion mit den Umstehenden empört aus.

Am 23. Oktober gab die zentrale Streikleitung eine Mitteilung an die Presse, der wir folgendes entnehmen: „... Von 750 Wagen stehen effektiv 730 Wagen. Die am Sonntag vormittag um 10 Uhr stattgefundene Streikvollversammlung in Gockers Festsälen, die von rund 1000 Chauffeuren besucht war, bestätigte einstimmig den Willen zur Fortsetzung des Streiks gegen den Benzin-Tarif. Der Streikleitung ist von der Versammlung das vollste Vertrauen ausgesprochen worden, und sie ist beauftragt, die am Montag beginnenden Lohnverhandlungen zu führen. ...“

Schändliche Lohnklaverei.



Die Holzwarenfabrik Bischoff AG in Coswig (Anhalt), ermuntert durch die Notverordnung, stellt junge Arbeiter ein, die sich bereit erklären, zu Frauenlöhnen zu arbeiten. Es gibt in dieser Fabrik Frauenlöhne von 5,70 Mark brutto die Woche, d. h. 4,90 Mark nach Abzug der Beiträge zu den Versicherungen. Kollegen, macht die Gewerkschaften stark durch Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit!

Wie kommen Polizei-Protokolle zustande?

In der Montag-Verhandlung des Felsenbeck-Prozesses widerriefen die Angeklagten Schön und André ihre auf der Polizei gemachten Aussagen und erklärten übereinstimmend, daß ihnen dieselben unter polizeilichem Druck gepreßt worden wären. So habe der protokollführende Beamte z. B. auf Schön solange eingeredet, bis er (nach seinen eigenen Aussagen) völlig konfus gewesen sei. Dann habe ihm der Beamte eine Zigarette gegeben. Als er (Schön) verweigert habe, das Protokoll zu unterschreiben, wurde er von dem Beamten mit der Drohung, er müsse es unterzeichnen, dazu gezwungen. Vorher hatte man ihm einen Dolch gezeigt und gesagt, mit diesem Dolch wäre der Nationalsozialist Schwarz von ihm (Schön) erstochen worden. Die anderen Angeklagten hätten dies bereits eingestanden. Als er auf diese Finte nicht hereinfließ und eine Gegenüberstellung mit denjenigen verlangte, die ihn belasteten, wurde ihm dies verweigert und geantwortet: „Erst müssen Sie unterschreiben.“ Besonders aber fällt auf, daß in Schöns Aussagen der Name des Angeklagten Becker genannt worden ist, obwohl Schön diesen Becker erst während der Untersuchungshaft zum ersten Male gesehen und damals noch gar nicht gekannt hat.

Es muß unbedingt gefordert werden, daß solchen Methoden polizeilicher Vorgehens ganz Einhalt geboten und Grundregeln der Gerechtigkeit wiederhergestellt werden.

Furchtbares Autounglück.

New York, 24. Oktober. Wie aus Natchez am Mississippi gemeldet wird, stürzte ein Autobus beim Auffahren auf das Fährboot nach Vidalia in den Fluß. 17 Neger und ein Weißer ertranken. Sechs Personen konnten gerettet werden.

Verantwortl. Schriftfeller: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S14, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, 26. Oktober, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn!

Essen: Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr, Wirtschaft Kulbrock, Benststr. 49. Thema: Politische Lage.

Hamburg: Donnerstag, den 27. Oktober, 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Die Arbeiterschaft im Kampf gegen Lohnraub.

Köln-Kalk: Mittwoch, 26. Oktober, 20.15 Uhr, Lokal Nik. Rick, Victorstr. 70. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

Köln-Sülz: Dienstag, 25. Oktober, 20.15 Uhr, Lokal Hermann Krüll, Marsiliustr. 36. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

Mainz: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthaus Hörlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Klassenjustiz und neue Wege proletarischen Kampfes. Redner: H. Lehnert (Kassel).

München: Dienstag, 25. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlingerstr. 67. Thema: Die politische Enteignung des Volkes. — Demokratie und Führerschaft.

Freie Aussprache! Eintritt freil

Magdeburg: Mittwoch, den 26. Oktober, 20 Uhr, im Lokal P. Bleck, früher Lüchtefeld, Knochenhauerufer 27/28. Thema: Trotz Millionen Arbeitsloser erfolgreiche Streiks! Besinnen sich die Arbeiter auf ihre Kraft! Redner: Fritz Grob (Berlin). Eintritt: 20 Pfennig, Erwerbslose frei.

Wieder 24 Oppositionelle aus der KPR ausgeschlossen.

Die Kontrollkommission der Kommunistischen Partei Rußlands hat 24 Mitglieder der Opposition aus der Partei ausgeschlossen, die zu der politischen Kampfgruppe Sinowjew-Kamenev gehörten und die die Entfernung Stalins verlangt haben. Die Oppositionellen wurden nach Sibirien verbannt.

Die Voruntersuchung gegen Guilbeaux, der sich kürzlich der französischen Polizei gestellt hat, weil er 1919 wegen „Paktierens mit dem Feinde“ in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist, ist abgeschlossen worden und zwar, wie verlautet, ungünstig für Guilbeaux. Ende November wird er vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten

Reform-Nahrungsmittel s. a. Ausnahme-Preisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS Magdeburg O. v. Guerickestraße 104

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen

G. Funke

Elektrotechniker GÖTTINGEN / Jüdenstraße 3, III.

Die neuen Stoffmusterkollektionen für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß / Preis mit Maß! Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden Magdeburg, jetzt Johannisbergstraße 10, III.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987.

23.—27. Oktober: Nic. Ekk: Der Weg ins Leben.

Der berühmte Russenfilm mit Nicolai Bataloff. Dazu das gute Beiprogramm.

Fox tönende Wochenschau. Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkaufs unsere Inserenten!



POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog kostenlos schicken vom

FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Ist der Zins die Ursache für die kapitalistische Ausbeutung? Läßt sich die Wirtschaftskrise durch Geldreform beseitigen?

Wer sich über diese Fragen Klarheit verschaffen will, der lese:

Führt Geldreform aus Kapitalismus und Krise?

Kritische Auseinandersetzung mit der Freigeldlehre. Von Helene Beyer.

52 Seiten. Gehftet 0,40 M.

Aus den Presse-Urteilen:

„Mit Hilfe dieser Broschüre können unsere Schwundgeldtheoretiker ihre fundamentalen Irrtümer berichtigen.“ „Der Proletarier“, Nr. 27, 2. Juli 1932. „Die vorliegende Schrift bringt eine sachliche Untersuchung der Lehre von Silvio Gesell.“ „Frankfurter Volksstimme“, Nr. 136, vom 13. Juni 1932. „Die Darlegungen der Verfasserin zur Frage von Zins, Krise und Goldwährung geben dem Leser fernerhin das Rüstzeug in die Hand, auch andere Geldreformprojekte kritisch zu untersuchen, desgleichen die übrigen Versuche, von der Goldseite aus die Wirtschaft anzukurbeln. Gerade darum gehört die — im Gegensatz zu dem größten Teil der Geld-Literatur — leichtverständlich geschriebene Broschüre in die Hand jedes wirtschaftspolitisch Interessierten.“ „Frager Presse“, Nr. 165, vom 17. Juni 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inselstraße 8a, Postscheckkonto Berlin 318 42.

Herr Oberpräsident Noske

nimmt Anstoß an Streiks und Verhinderung von Streikbruch

Herr Noske, der noch immer der Sozialdemokratie angehört, hat die kommunistische „Neue Arbeiter-Zeitung“ (wie bereits gemeldet) verboten. Die „Gründe“ sehen so aus:

„In der Nr. 236 der Zeitung vom 18. Oktober 1932 fordern Sie durch den Artikel „Die Weserschiffahrt liegt still“ mit den Ausführungen: „Angreifen muß unsere Lösung heißen, angreifen in jedem Betriebe, in jeder Gewerkschaft, an allen Fronten des Klassenkampfes... Wir rufen zum gemeinsamen Kampf! Es lebe die Einheitsfront-Aktion gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Faschismus und Kapitaldiktatur!“ zu einem Streik auf, der nicht als legales Kampfmittel der Arbeiterklasse zur Erzielung besserer Lohn- und Wirtschaftsbedingungen angesehen werden kann, sondern als Erregung öffentlicher Unruhen als Vorbereitungs-handlung zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung angesehen werden muß.“

In der Nr. 237 vom 19. Oktober 1932 wird durch den Artikel mit der Überschrift „Schlagt die Streikbrecher!“ zum Streik und allgemeinen Gewalttätigkeiten gegen Personen aufgereizt und dadurch gegen § 6 Abs. 1 Ziff. 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 16. Juni 1932 verstoßen.“

Noske kann es also nicht mehr ertragen, daß zu Klassenkampffaktionen aufgefordert wird. Er hat Angst vor einer „Vorbereitungshandlung zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung“. Die Entfernung seiner sozialdemokratischen Ministerfreunde in Preußen hat ihn wohl nicht so aufgebracht; denn es ist nicht bekannt geworden, daß er versucht hätte, diese Entfernung als eine tatsächliche Vorbereitungshandlung und sogar als eine „Ausführungshandlung zum Umsturz der damaligen Staatsordnung“ zu verhindern. Im Gegenteil: er hat sich mit dieser Durchführungshandlung sicher so weit einverstanden erklärt, daß er einer der wenigen hohen politischen Beamten ist, der wie sein Gesinnungsgenosse Zörgiebel für reich gehalten worden ist, innerhalb der Papen-Reaktion an der Unterdrückung der Arbeiterschaft mitzuwirken. Wie wir sehen, hat er dieses Vertrauen durchaus gerechtfertigt.

Gregor Straßer auf neuem Arbeiterfang.

Das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP.

Rpt. Der preußische Pressedienst der NSDAP veröffentlichte soeben das durch den Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer in einer Berliner Wahlversammlung vorgetragene wirtschaftliche Aufbauprogramm, dessen Hauptpunkte sind:

1. **Arbeitsbeschaffung:** Für rund 2 Millionen Menschen soll auf Grund eines Jahresplans Arbeit geschaffen werden. Dazu werden staatliche und private Neuinvestitionen im Ausmaß von 5 bis 6 Milliarden Mark für erforderlich gehalten. Als Arbeiten werden genannt: Öffentliche Aufträge für Siedlung, Straßenbau, Meliorationen, Flußregulierungen, Wiederinstandsetzung von Wohnungen, Ausbau der Energiewirtschaft und der Binnenwasserstraßen und Gewinnung von Neuland (!). Arbeitsbeschaffungsmittel sollen ferner bereitgestellt werden für eine Erweiterung der deutschen Rohstoffgrundlage (zweckmäßige Produktion von Benzol zum sechsfachen Weltmarktpreis?) und für neue nationale (!) Industrie- und Gewerbe-zweige. (Wir schlagen vor: Errichtung einer Industrie für Bildfunk-Anlagen, damit Herr Goebbels im Rundfunk künftig nicht nur mit seinem M... sondern auch mit seiner ganzen Persönlichkeit „wirken“ kann.) — Wir stellen fest: Die NSDAP hängt so konservativ im Schlepptau der von anderer Seite veröffentlichten Arbeitsbeschaffungsprogramme und ist den Kapitalisten gegenüber so rücksichtsvoll, daß auch ihr nicht der Gedanke kommt, man könne etwa die Wirtschaft vom Konsum her ankurbeln.

2. **Finanzierung und produktive Krediterschöpfung:** Eine „produktive Krediterschöpfung (Kreditvermehrung)“ im Aus-

Fort mit den Presse-Subventionen.

W-er. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ beschäftigt sich mit der Erlaubtheit oder Unerlaubtheit von Pressesubventionen durch eine Regierung. Man merkt es ihrem gedanklichen Eiertanz an, daß ihr bei dieser Erörterung nicht völlig wohl ist, und wir glauben nicht weit am Ziel vorbeizuschließen mit der Annahme, daß sie zu den Zeitungen gehört, die auf irgend eine der vielen möglichen Weisen für ihre beharrliche Vertretung des reaktionären Schleicher-Papen-Nazi-Kurses an den Segnungen teilnimmt, die für manche deutsche Zeit- und Zeitungsgenossen aus diesem Kurs erwachsen. Die „BBZ“ hat neulich dementiert, daß sie subventioniert werde; die „Kölnische Volkszeitung“ hat das auch getan, und sie hat damit sogar, wörtlich genommen, nichts Unwahres behauptet. Wir wissen, welche Mittel und Wege vorhanden sind, um einer „staatstreuen“ Zeitung zu helfen: Der Staat kann Tausende von Exemplaren abonnieren, staatliche Stellen können ihr Inserate zuschicken, ihre Anteilsscheine kann der Staat übernehmen u. s. w. u. s. w. Alle solche und ähnliche Methoden sind in der Erörterung des sogenannten Klepperausschusses von Herrn von Papen und von Otto Braun einmütig als zulässig gebilligt worden. Die „BBZ“ stößt sich etwas an dieser gemeinsamen Zustimmung. Sie möchte nicht unbedingt ablehnen, daß der Staat Zeitungen unterstützen darf (das wäre vielleicht auch schade für sie). Aber, so fragt sie besorgt, um welchen Staat es sich bei solcher Subvention handele: „Ist er wirklich im Bismarckschen Sinne der Staat schlechthin, oder ist er, wie es unter dem Regime Braun-Severing in Preußen der Fall war, das vorwiegend parteipolitisch eingestellte System einiger gesinnungsverwandter Parteien?“

Die Behauptung, daß der Bismarcksche Staat etwas anderes war als ein purer Klassenstaat, als das parteipolitisch eingestellte System sogar nur einer einzigen Partei: der kaiserlich-junkerlichen, wollen wir der „BBZ“ als Wahrung eigener, wenn auch unberechtigter Interessen durchgehen lassen. Aber wofür will sie jetzt, wenn schon überhaupt, staatliche Gelder für Zeitungen aufgewandt wissen? Sie möchte es da erlauben, „wo es sich wirklich darum handelt, entweder im Ausland oder in bedrohten deutschen Grenzgebieten gefährdete Zeitungen als Faktor des Deutschtums und der deutschen Kultur zu erhalten.“ Das heißt im Grunde weiter nichts, als an der nationalistischen Verhetzung, und also an der Vorbereitung des nächsten Krieges teilzunehmen, auch mit Geldern der Kriegsgegner (deren Steuern z. B.) des Krieges also, den heute fast jeder größere Staat durch den Kellogg-Pakt fernerlich geächtet hat.

Schlaglicht auf eine Dunkelkammer.

Antwort auf ein zu billiges Dementi.

Die Erklärungen des Sozialdemokraten Heinig über die Dispositionsfonds der Reichsregierung, die für die Subventionierung von Zeitungen in Frage kämen, hatten den Staatssekretär in der Reichskanzlei zu einem dementierenden Brief an Heinig veranlaßt. Auf diesen Brief hat Heinig jetzt treffend geantwortet.

In Plancks Dementi handelt es sich vor allem um zwei Feststellungen:

1. Weder der Fonds „Geheime Ausgaben“ des Auswärtigen Amtes (viereinhalb Millionen) noch der dem Reichswehrminister „für besondere Zwecke“ ohne Kontrolle zur Verfügung stehende Fonds (eine Million) „dürfen von Rechts wegen mit der deutschen Presse irgend etwas zu tun haben“.

Heinigs Antwort: „Das Recht ist in Deutschland — von der Reichsverfassung, angefangen bis zur Reichsschuldenordnung — in den jüngst vergangenen Monaten so schwer mißhandelt worden, daß mir seine Anrufung nicht durchschlagend beweiskräftig erscheint. Die Wahrheit könnte nur durch ernsthafte Rechnungsprüfung jener Fonds ermittelt werden, aber dieser sind sie ja auch heute grundsätzlich entzogen.“

2. Planck hatte versichert, „daß unter der jetzigen Reichsregierung keinerlei Mittel aus diesen Fonds der deutschen Inlandpresse zugeflossen sind oder zufließen werden.“

Natürlich ist kein Geld aus dem Dispositionsfonds des Reichswehrministers auf das Postcheckkonto einer Zeitung überwiesen worden. Wir kennen aber von der „Kölnischen Volkszeitung“ her die Methode der „Einschaltung“ von Zwischeninstanzen. Heinig antwortet an Planck:

„Die große Presse und ihre Verlage gehören heute zum Kundenkreis derjenigen Banken, die jetzt vom Reich beherrscht oder beschirmt werden.“

Die vielfachen, vom Reich mitgegründeten oder mitgetheilten Hilfsinstitutionen und sonstigen Finanzierungsappa-

rate ergeben die bedenklichsten Verknüpfungen von Beziehungen und Geschäften. Alles ist Einflußsphäre und auch materielle Wirkungskraft der Reichsregierung.“

Grundsätzlich enthält Heinigs Brief über die Finanzgebarung der Reichsregierung folgende Feststellungen:

„Niemals seit 13 Jahren hat irgend eine Reichsregierung so viel unkontrollierte Mittel, Möglichkeiten und Hilfsquellen zur Verfügung gehabt, wie infolge ihrer großzügigen Sanierungs- und Subventionierungspolitik die gegenwärtige Reichsregierung.“

Durch die Ausschaltung des Reichstages, durch die Zurückdrängung des bedeutsamen Einflusses, den der Rechnungshof des Deutschen Reiches und die Reichsschuldenverwaltung unter früheren Regierungen durch das Parlament eingeräumt bekommen hatten,

stehen jetzt dem Kabinett von Papen neben dem offiziellen Haushalt materielle Bewegungsmittel in Milliardenhöhe tatsächlich ohne Gegenkontrolle zur Verfügung. . . .

Dazu kommt, daß auch die jetzt geübte Regierungspraxis bei jedem objektiv um das Schicksal der Reichsfinanzen besorgten Beobachter tiefstes Mißtrauen erwecken muß. Den fertig gedruckten Reichshaushaltsplan 1932 hat das Kabinett Papen dem Reichstag vorenthalten. Es hat sogar die nicht einmal von ihr zu verantwortende Haushaltsrechnung 1931 dem Parlament nicht zugehen lassen, obwohl sie rechtzeitig vollständig vorhanden war. Sie hat es auch vermieden, Uebersichten über die Betätigungen des Reiches, über Garantien, Bürgschaften, Darlehen und Kredite dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugehen zu lassen, die von früheren Regierungen immer vorgelegt wurden.

Die derzeitige Reichsregierung verhindert systematisch den Einblick in ihre materielle Geschäftsführung.“

Gregor Straßer auf neuem Arbeiterfang.

maß von etwa 3 Milliarden Mark wird zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms für notwendig gehalten. Die Kreditvermehrung soll sich vollziehen auf Grund eines Kredites an das Reich durch die Reichsbank und die der Staatshoheit unterstellten Banken. (Von Zinslosigkeit ist nicht die Rede!) Zur Beruhigung der Dummheit, die nicht alle werden: Die Vermehrung des Umlaufgeldes, die erforderlich sei, wird auf nur 300 bis 500 Millionen Mark geschätzt. — Gegen eine Kreditvermehrung — wenn auch nicht in diesem Ausmaß! — wäre an sich nichts einzuwenden, wenn sie vernünftiger verwendet würde!

3. **Kontrolle des Geld- und Kreditwesens:** „... notwendig eine staatliche Kontrolle des Geld- und Kreditwesens und ... Ausbau des staatlichen Vorrechnungsverkehrs. ... Den Neubau der deutschen Wirtschaft sollen nicht einige Bankdirektoren, sondern soll die Regierung durchführen. Wir wollen keine Staatswirtschaft, ... sondern wir wollen ... Sozialismus.“ — Was wollen die Nationalsozialisten nun: Staatswirtschaft oder nicht?

4. **Die Entschuldung der Wirtschaft:** Die „Entschuldung der Landwirtschaft“ genügt Herrn Straßer nicht. „Die Umschuldung wird die ganze Wirtschaft erfassen.“ — Eine Frage: Wer wird es im Dritten Reich noch riskieren, zu sparen?

5. **Zinssenkung:** „Die Zinssenkung wird die individuellen Verhältnisse in der Wirtschaft weitgehend berücksichtigen müssen, aber nur eine generelle ... Umschuldung gibt die Gewähr dafür, ...“ — Was soll nun eigentlich kommen: Eine individuelle oder eine generelle Zinssenkung?

Wir wollen nicht verschweigen, daß Herrn Straßer

unter dieser Überschrift zwei vernünftige Sätze entfahren sind: „Wir sind nicht so töricht, die Notwendigkeit eines Exportes für Deutschland nicht anzuerkennen. Wir glauben, es nicht verantworten zu können, wenn wirtschaftliche Unternehmungen mit staatlichen Subventionen durchgeschleppt werden, die auf einem überlebten Wirtschaftssystem aufgebaut sind.“ Die Worte sind nicht schlecht. Doch was hält Herr Straßer für überlebt?

6. **Neuer Wirtschaftsgeist und Leistungsprinzip:** „Der Nationalsozialismus stellt den schaffenden Menschen in den Vordergrund. ... Wir erkennen die ethische Berechtigung ... des Privateigentums an und stellen das Leistungsprinzip bewußt in den Vordergrund. Aber auch der Unternehmer wird nur dann erfolgreich am Neubau der deutschen Wirtschaft arbeiten können, wenn uns die Ueberwindung des Klassenhasse und die Entproletarisierung breiter Massen der Arbeiter und des Mittelstandes in Deutschland gelingt. — Es wurde noch nie von uns bezweifelt: Die Unternehmer werden dann besonders erfolgreich „arbeiten“ können, wenn es der NSDAP gelingt, die von ihnen beschäftigten Arbeiter mit Volksgemeinschafts-Dusel als Lohnersatz zufriedenzustellen.“

7. **Generalappell zur Arbeit:** „Ja, man muß sagen: daß die Regierung Papen geradezu die Arbeitsbeschaffung verhindert.“ — Ja, was muß man aber über das Aufbauprogramm der NSDAP sagen?

8. **Entscheidungen und Ausblick:** „Die Furcht vor der letzten Entscheidung ist heute in der Wirtschaft leider noch ebenso groß wie in der Politik. ... Jetzt ist es notwendig, zunächst einmal eine nationale Wirtschaft wieder aufzurichten. ... Die Wiederaufrichtung einer nationalen deutschen Wirtschaft auf der Grundlage eines international gebundenen Geld- und Kreditwesens, wie es jetzt die Regierung Papen versucht, ist eine unverantwortliche Kurzsichtigkeit.“

Entscheidung und Ausblick?

Gregor Straßer wirbt um die deutschen Arbeiter. Das zeigt schon die Disposition seiner Rede, die der Pressedienst seiner Partei getreulich mit verbreitet und die wir hier im Fettdruck herausgehoben haben. Mit „Arbeitsbeschaffung“ fängt die Rede an. In der Mitte kommen die Gaben für die Kapitalisten. Mit dem Generalappell zur Arbeit hört die Rede auf. Das ist ein Appell, der wirksam ist in einer Zeit, in der sich 7 Millionen Arbeiter in Deutschland nach Arbeit sehnen.

Wir wollen heute nicht untersuchen, ob Straßers Programm mit all dem vereinbar ist, was der „Programmatiker“ der Partei, Gottfried Feder, während einiger Jahre an Unsinn von sich gegeben hat. Wichtiger ist: Straßers Programm ist weitgehend vereinbar mit dem, was die freien Gewerkschaften fordern.

Auch sie fordern öffentliche Arbeitsbeschaffung. Auch sie wollen die Finanzierung durch Krediterschöpfung machen. Auch sie haben zur Beruhigung immer wieder darauf hingewiesen, der Bargeldumlauf werde sich ja dabei nicht sehr vermehren. Daß die Gewerkschaften von zwei, Herr Straßer aber von drei Milliarden Mark redet, ist wahrlich kein großer Unterschied. Auch die Gewerkschaften rufen nach Bankenkontrolle. — Ueber Entschuldung und Zinssenkung haben die Gewerkschaften allerdings nichts gesagt. Sie fordern vielmehr einen Umbau der Wirtschaft in der Richtung auf Planwirtschaft; sie haben aber wohl nie geglaubt, dieses Programm rasch vollständig durchzusetzen zu können; mit Arbeitsbeschaffung und Bankenkontrolle wären sie für den Anfang wohl zufrieden.

Uns scheint, das Gerücht von der kommenden „Gewerkschaftsregierung“, der Einheitsfront von Leipart bis Straßer hat durch dessen Programm neue Unterlagen erhalten!

Entscheidung und Ausblick? Nach allem, was wir in den letztvergangenen Jahrzehnten erlebt haben, halten wir es für nötig, die Kollegen in den freien Gewerkschaften auf diese Uebereinstimmung aufmerksam zu machen. Es muß verhindert werden, daß hier eine neue „Koalition“ sich bildet (wie seiner Zeit die mit dem Zentrum), die die Sache des Sozialismus nur kompromittieren kann.

Parteibuch-Beamtentum.

Das oldenburgische Staatsministerium hat den demokratischen Regierungspräsidenten Dörr (Birkenfeld) zur Disposition gestellt und den NS-Landtagsabgeordneten Wild mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Das Absetzungsverfahren wurde eingeleitet mit Verleumdungen in Nazi-Zeitungen, die Dörr Beteiligung an separatistischen Umtrieben vorwarfen. Obwohl die NS-Abgeordneten des Landestells Birkenfeld Dörr öffentlich gegen diese Verleumdungen in Schutz gekommen haben, ist ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet worden.

Die Löhne waren und sind zu niedrig!

Material zum Streit über Krisenursache und Krisenüberwindung.

Die Redaktion der „Berliner Börsen-Zeitung“ war so freundlich, uns der Mühe zu entheben, selber Behauptungen darüber zusammen zu suchen, daß zu hohe Löhne an der deutschen Krise und an der Verschärfung dieser Krise schuld sind. In einem Leitartikel der „Berliner Börsen-Zeitung“ wurden kürzlich solche Behauptungen zusammengestellt (in Nr. 493, vom 20. Oktober). Wir geben sie unseren Lesern, die ja wohl alle in öffentlichen und privaten Diskussionen über Krisenursache und Krisenüberwindung immer wieder sprechen, gewissermaßen als Übungsmaterial. Denn wir wissen, daß Sozialisten nur zu leicht verstummen oder gar klein beigeben, wenn Gegner ihnen vorhalten: Aber die zu hohen Löhne! Sie waren untragbar! Sie haben die Kapitalbildung unterbunden und damit zur Krise geführt. —

Die Internationale der Sachverständigen in der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Ein nach Ansicht der „Berliner Börsen-Zeitung“ „hervorragender Wirtschaftsführer der Schweiz“ (ragt er zur Zeit so stark als Bankrotteur hervor, daß deshalb sein Name verschwiegen bleibt?) hat 1928 über die deutschen Gewerkschaften gesagt: „Es kann nicht bestritten werden, daß die

deutsche Wirtschaftsordnung ausschließlich von den Gewerkschaften bestimmt

wird und daß die Reichsregierung den ungestümen Lohnforderungen der Gewerkschaften auf dem Wege über das Schlichtungswesen ständig in einer Weise nachgibt. . . . daß dieser für die Wirtschaft wichtigste Kostenfaktor, verbunden mit den untragbar hohen Steuern, die deutsche Wirtschaft außerordentlich bedrängt. . . . Hier liegt die wahre Wunde der deutschen Wirtschaftsmisere. Ob Hunderte von Fabriken zum Erliegen kommen, kann die deutschen Behörden nicht rühren. In diesem tiefsten Kern liegt auch die Ursache für die Arbeitslosigkeit in Deutschland.“

Folgen wir weiter der Führung der „Berliner Börsen-Zeitung“ durch den Kreis ihrer Sachverständigen:

„Besonders scharf hat sich aber ein Franzose, und zwar der frühere Handelsattaché der französischen Botschaft in Berlin, über die deutsche Gewerkschaftspolitik ausgesprochen. Er hat nämlich von ihr als von einer

wissenschaftlich organisierten Ausplünderung aller kapitalistischen Kräfte Deutschlands

gesprochen und im Zusammenhang damit behauptet, daß dessen Wirtschaft und Finanz einer Bande von Räubern überantwortet wäre, denen gegenüber die Regierung nichts als Rücksichtnahme kenne.

Eine große holländische Zeitung hat vor zwei Jahren ausgeführt, es scheine, daß bei den deutschen Gewerkschaften die Einsicht in die wahre Natur wirtschaftlicher Vorgänge fehle. Kennzeichnend sei das

starre Festhalten an der längst schon überwundenen Kaufkraftthese, die einen der größten Irrtümer der gewerkschaftlichen Wirtschaftslehre darstelle.

Ueber diese Starrheit hat sich der amerikanische Universitätsprofessor W. Angell, nachdem er festgestellt hat, daß in Deutschland das Lohnniveau erheblich mehr gewachsen ist als die Menge der Erzeugnisse, in einer Schrift über Deutschland folgendermaßen geäußert: „Es bedeutet das, daß der Anteil am nationalen Gesamteinkommen, den die Arbeiterschaft erhält, sich ständig auf Kosten des Unternehmers erhöht hat, und dieser Prozeß kann nicht weitergehen, ohne die gegenwärtige Produktionsorganisation zu unterminieren und so einen Zusammenbruch (collapse) herbeizuführen.“

„Buße für Sünden gegen den Geist der Wirtschaft“!

Für das „vernichtendste Urteil“ über die deutsche Lohnpolitik der Nachkriegszeit hält die „Berliner Börsen-Zeitung“ das Urteil, das ein Reichsarbeitsminister abgegeben hat, „indem er vor einigen Jahren mit Befriedigung erklärt hat, daß im allgemeinen der Reallohn der Vorkriegszeit in Deutschland nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar nicht unerheblich überschritten wäre“.

Nach dem verlorenen Krieg und infolge der „phantastischen Tribute“ hätten doch alle Deutschen den Leibriemen enger schnallen müssen. „Von dieser Notwendigkeit haben sich aber die Arbeiter jahrelang auf Kosten der Besitzenden, das heißt des Volksvermögens, ausgeschlossen . . .“

Was die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft der Ar-

Wer hat gegen den Geist der Wirtschaft gesündigt?

Man kann wohl sagen, daß derjenige „Sünden gegen den Geist der Wirtschaft begangen hat“, der daran schuld ist, daß in Deutschland gleichzeitig 7 Millionen Arbeiter erwerbslos und die industriellen Produktionsanlagen nur zu rund einem Drittel ausgenutzt sind, während die brachliegenden Arbeitskräfte an den brachliegenden Produktionsmitteln all das herstellen könnten, was die Massen in Deutschland bitter entbehren.

Aber: Wer ist daran schuld: diejenigen, die den Lohn nach unten, oder diejenigen, die ihn nach oben zu drücken versucht haben?

Um diese Frage zu beantworten, wollen wir nach einander überlegen, was geschehen wäre, wenn der Lohn in Deutschland im Jahre 1927, also vor der heutigen Krise, niedriger, und was, wenn er höher gewesen wäre, als er damals tatsächlich war. Dabei müssen wir, in beiden Fällen, natürlich den Reallohn, die Kaufkraft des Lohns, ins Auge fassen, nicht den Geldlohn. Denn es kommt auf die reale Verteilung des Volkseinkommens unter die Klassen der Proletarier und der Kapitalisten an (von den Mittelschichten können wir hier der Einfachheit halber absehen).

Von diesem Realeinkommen, behaupten die Vertreter der Kapitalisten, haben die Kapitalisten wegen der zu hohen Löhne

Wir stellen nebenbei mit Vergnügen fest, wie deutlich das Leiborgan des Reichswehrministers, nach dem Untertitel: eine „Tageszeitung für nationale Politik . . .“, sich hier als Zeitung der Internationale des Kapitals entpuppt. Die von ihr ausführlich wiedergegebenen Urteile über die deutsche Lohnhöhe stammen sämtlich von Nichtdeutschen. Sogar der „Erbfeind“ steht, wenn es für den Profit von Nutzen ist, diesen nationalen Herren sichtlich näher als die deutschen Arbeiter. Eine altbekannte Tatsache, die zu verschleiern die „Berliner Börsen-Zeitung“ sich dieses Mal nicht die geringste Mühe gegeben hat. Doch zurück zur Lohnfrage.

beiterschaft auferlegt, ist . . . lediglich die Wiedergutmachung begangener Fehler, die jene nicht als Reaktion, sondern als Buße für Sünden gegen den Geist der Wirtschaft aufzufassen hat.“ Die bisherige staatliche Lohnregelung und Unterstützungswirtschaft habe „eine Senkung der Unterstützungen und der Löhne zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit für jede Regierung gemacht, wie sie auch immer zusammengesetzt sein mag“.

Wir haben so ausführlich zitiert, um unseren Lesern, die ja das Leiborgan des deutschen Reichswehrministers nicht zu lesen pflegen, gewissermaßen eine Musterkarte von dem Stoff vorzulegen, der den Lesern der meisten kapitalistischen Zeitungen, auch der angeblich unpolitischen, als nationalökonomische Weisheit zum Frühstück ins Haus geliefert wird.

zu wenig erhalten; darum kam die Krise. Von diesem Realeinkommen, behaupten wir, haben die Arbeiter wegen der zu niedrigen Löhne zu wenig erhalten; darum kam die Krise.

Folgen niedrigerer Löhne.

Was wäre geschehen, wenn der Lohn niedriger gewesen wäre?

Das Reallohneinkommen der Kapitalisten wäre entsprechend größer gewesen. Vielleicht hätten sie persönlich besser gelebt und also mehr Konsumgüter gekauft. Aber mit Maß! Kapitalisten, die ihr ganzes Einkommen verzehren, können ihren Produktionsapparat nicht verbessern. Stillstand bedeutet, verglichen mit den technischen Verbesserungen am Produktionsapparat der „sparsameren“ Konkurrenten, Rückschritt und damit den wirtschaftlichen Tod.

Die Kapitalisten hätten also insgesamt einen Produktionsapparat, wenn ihr Einkommen größer gewesen wäre, besser ausgebaut, als es tatsächlich der Fall war.

Was wäre mit diesem noch leistungsfähigeren Produktionsapparat gemacht worden? Bedenken wir: Der infolge angeblich zu hoher Löhne weit „kümmerlicher“ ausgebaute Produktionsapparat war schon zu Zeiten der Hochkonjunktur zu einem erheblichen Teil nicht ausgenutzt! Und dies, obwohl die Massenkaufkraft nicht so klein war, wie die Vertreter der Kapitalisten es wünschten!

Größerer Produktionsapparat, kleinere Massenkaufkraft: Die Krise wäre offenbar rascher gekommen und noch schärfer gewesen.

Folgen höherer Löhne.

Was aber wäre geschehen, wenn der Lohn höher gewesen wäre?

Das Realeinkommen der Kapitalisten wäre entsprechend kleiner gewesen. Vielleicht hätten sie persönlich schlechter gelebt. Aber auch hier gilt: mit Maß!

Die Kapitalisten hätten jedenfalls nicht so viel Einkommen zur Verbesserung des Produktionsapparates verfügbar gehabt. (Bei höherem Lohn hätten die Arbeiter ihrerseits zwar mehr gespart, als sie tatsächlich gespart haben; da es jedoch leichter ist, von Rieseinkommen viel zu sparen als von mittleren und kleinen Einkommen, wäre insgesamt weniger gespart worden; diese Ersparnisse wären überdies zu einem größeren Teil als bei niedrigen Löhnen zur Produktion von Dauerkonsumgütern, zum Beispiel von Wohnhäusern verwandt worden.)

Einem — verglichen mit der Vergangenheit, die wir erlebt haben — kleinerem Produktionsapparat hätte eine größere Massenkaufkraft gegenüber gestanden. Der Produktionsapparat wäre besser, bei ausreichender Lohnsteigerung sogar voll ausgenutzt worden. (Daher wären übrigens die Produktionskosten und bei freier Konkurrenz auch die Preise niedriger gewesen, was die Massenkaufkraft abermals vergrößert hätte.)

Kleinerer Produktionsapparat, größere Massenkaufkraft: Die Absatzschwierigkeiten wären geringer gewesen; bei ausreichender Lohnsteigerung wären sie überhaupt ausgeblieben. (Bei übermäßiger Lohnsteigerung wäre der von den Kapitalisten behauptete Mangel an Ersparnissen tatsächlich eingetreten.)

Wer also muß — um mit der Sprache der „Berliner Börsen-Zeitung“ zu reden — Buße tun? Wir überlassen die Antwort unseren Lesern.

Das Krisenprogramm des ISK verlangt in der Tat eine „Buße“. Nachdem die Kapitalisten jahrelang auf Kosten der Arbeiter zu große Einkommen hatten, sollen insbesondere Junker und Schwerindustrielle zur Krisenüberwindung dadurch herangezogen werden, daß sie Vermögensverluste erleiden. Bei Zulassung der heute durch vielerlei Subventionen verhinderten Bankrotte in Großlandwirtschaft und Schwerindustrie ist es möglich, die Kaufkraft der Arbeitermassen rasch zu steigern. Anders ausgedrückt:

Durch einen Angriff auf die Krisenursache soll die Krise überwunden werden.

Heilmut Rauschenplat.

Eisenverarbeiter gegen Eisenproduzenten.

In diesem Frühjahr ging der Kampf zwischen der Eisen produzierenden und der Eisen verarbeitenden Industrie vor allem um den Preis für dasjenige Eisen, das zur Produktion von Exportwaren verwandt wird. Der Streit endete mit einem Kompromiß, das stark zu Ungunsten der Eisen verarbeitenden Industrie ausfiel.

Um andere Fragen entbrennt nunmehr im Herbst von Neuem der Streit.

Am 7. Oktober gründeten eine Reihe führender nicht zu den großen Hüttenkonzernen gehörender Hammerwerke einen „Interessenverband der selbständigen Gesenkschmiedern“. Von insgesamt 90 deutschen Gesenkschmiedereien werden etwa 26 als konzernzugehörig oder konzernabhängig bezeichnet; es gibt demnach etwa 65 konzernfreie Firmen. Von diesen haben sich bis Mitte Oktober rund 56 jenem Interessenverband angeschlossen. Der Zweck des Verbandes ist, eine wirtschaftspolitische Vertretung zu organisieren, die die Interessen der selbständigen Unternehmer vertritt, auch gegenüber den Hüttenkonzernen. Der Verbandsgründung kommt, weil es sich um den ersten Verband dieser Art handelt, eine große grundsätzliche Bedeutung zu.

Die erste Aktion des neuen Verbandes nach außen war ein Telegramm vom 14. Oktober an den Reichskanzler. In diesem wurde der Kanzler auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Vergabungspraxis der Reichsbahn zu ändern; die Schwerindustrie habe neuerdings für rund 50 Millionen Mark Reichsbahnaufträge erhalten, während die notleidenden mittleren und kleineren Eisen-Verarbeiter von der Reichsbahn kaum berücksichtigt wurden.

Der Interessenverband forderte vom Reichskanzler, er solle den klaren Verzicht der Reichsregierung auf die Fortführung der für Gesamtwirtschaft schädlichen Konzernpolitik der Schwerindustrie aussprechen.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industrie-Bund (Esti-Bund) hat an das Reichswirtschaftsministerium Ende September eine Eingabe über das Verhältnis der Eisen schaffenden zur Eisen- und Stahlwaren-Industrie gerichtet und eine Beseitigung der „augenblicklich herrschenden Mißstände“ verlangt; er protestierte insbesondere gegen das Eindringen der Eisen schaffenden Industrie in die Eisen verarbeitende Industrie. Als Beleg für seine Klagen übermittelte der Esti-Bund dem Reichswirtschaftsministerium eine Liste derjenigen Firmen der Eisen- und Stahlwaren-Industrie, die insbesondere seit 1925 von der Eisen schaffenden Industrie aufgekauft wurden, sowie Listen derjenigen Erzeugnisse, mit denen die Konzerne der Eisen schaffenden Industrie der übrigen Eisen- und Stahlwaren-Industrie erhebliche Konkurrenz machen.

Als Antwort übergibt die Nordwestliche Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Presse eine

lange Erklärung, in der dem Esti-Bund vorgeworfen wird, er habe „seine Liste geradezu leichtfertig zusammengestellt“. Dabei wird seitenslang ein Fehler nach dem anderen belegt. Das Material, das der Esti-Bund dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt hat, wird zum Schluß ausdrücklich bezeichnet als „ein Musterbeispiel für eine unsachgemäße und tendenziöse Darstellung“. Die Herren von der Schwerindustrie, denen an Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit im übrigen bekanntlich nicht sehr viel liegt, predigen überdies:

„Schließlich gilt auch heute in Deutschland noch die Gewerbefreiheit,

was dem Esti-Bund völlig unbekannt zu sein scheint.“ — Daß bei wirklicher Gewerbefreiheit, also ohne jegliche Subventionen, die Zustände in der Eisen schaffenden Industrie wesentlich andere wären, ist das jenen neuesten Verfechtern der Gewerbefreiheit auch „völlig unbekannt“?

Vor nicht allzu langer Zeit ist beim „Langnamverein“ eine „Austauschstelle“ errichtet worden, um die Möglichkeiten des Zusammenarbeitens zwischen Eisen schaffender und Eisen verarbeitender Industrie zu studieren. Auf der nächsten Sitzung dieser Austauschstelle soll die Materialzusammenstellung des Esti-Bundes in Anwesenheit von Vertretern der Eisen schaffenden und der Eisen verarbeitenden Industrie zur Erörterung gestellt werden.

Der Esti-Bund hat umgehend zu den Mitteilungen der „Nordwestlichen Gruppe“ Stellung genommen. Er behauptet, das Material in seiner Eingabe sei zusammengestellt auf Grund der Untersuchungen des Enquête-Ausschusses, an Hand von Katalogen und Preislisten, unter Benutzung des von einer Reihe beteiligter Firmen zur Verfügung gestellten Materials und unter Verwendung von Mitteilungen in der Presse, die unwidersprochen geblieben seien. Der Esti-Bund habe seine Eingabe vertraulich behandelt und sie nicht der Presse übergeben mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die in der Austauschstelle des Langnamvereins geführt werden sollen. Der Esti-Bund schließt seine Ausführungen ebenfalls kampflustig: Die Form der Mitteilung der Nordwestlichen Gruppe lasse es notwendig erscheinen, zu betonen, daß es mit der Gründung der Austauschstelle beim Langnamverein allein nicht getan sei.

Solange das Reich der Schwerindustrie eine Subvention nach der anderen gibt, werden die Vertreter der verarbeitenden Industrie bei ihrem Kampf allerdings einen schweren Stand haben. Vielleicht wird ihnen dabei doch allmählich klar werden, daß sie mit der Eisen schaffenden Industrie nur wenige Interessen gemeinsam haben.

Und wann wird der Arbeiterschaft klar werden, daß sie aus solchem Streit Nutzen ziehen kann? —t.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 8046 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 252 B

BERLIN • Mittwoch, den 26. Oktober 1932

1. JAHRGANG

Nazi-Terrorherrschaft!

Deutsche Abende, Raubtierpeitschen, milde Richter.

Anti-Imperialistische Arbeit in der Heimat des Imperialismus.

Von Allan Flanders.

Imperialistische Propaganda.

Die anti-imperialistische Arbeit in Großbritannien steht trotz des Jahrhunderte alten Daseins des britischen Imperiums heute noch in ihren Anfängen.

Es steht fest, was man in einer sozialistischen Zeitung eigentlich nicht zu erwähnen braucht, daß das britische Bürgerium nicht in imperialistische und nicht-imperialistische Gruppen zerfällt. Der ungeheure Reichtum, der immer noch aus den 400 Millionen Indern gezogen wird, fließt direkt oder indirekt in die Taschen jedes Mitglieds der überhörenden Klasse. Infolgedessen stehen alle Verteidigungsmittel der Bourgeoisie, einschließlich der gesamten bürgerlichen Presse, der katholischen und der protestantischen Kirche und der Schule im Dienst des Systems, das die indischen Völker in Unterwerfung hält.

Am 24. Mai jedes Jahres wird der „Empire-Tag“ in allen Schulen gefeiert. Ich erinnere mich aus meiner eigenen Schulpflicht genau an dieses Ereignis. Morgen sangen wir die Empire-Hymne „Rule Britannia“:

„Die Nationen, die nicht so gesegnet wie du,
werden alle Tyrannen verfallen;
du hingegen wirst mächtig und frei sein,
der Schrecken und Noid von allen.“

Gewöhnlich erzählte danach ein früherer Offizier der Kolonialarmee, der politisch interessiert war, vom Ruhm des Empire. Wir salutierten die Flagge und sangen „Gott schütze den König“. Obwohl die meisten den schulfreien Nachmittag weit schöner fanden als den Morgen, zweifelte niemand an den Worten des Offiziers; sie waren für uns mit einem Glorienschein umgeben.

Am heurigen 24. Mai lehnte es eine Lehrerin, eine Quäkerin, ab, an den Feierlichkeiten des Empire-Tages teilzunehmen. Sie wurde aus ihrem Amt entlassen. Ihr Gesuch um Wiedereinstellung wurde abgewiesen. Der Haupttrumpf des Anschlußkomitees war das Verbot an den Lehrerverein, sich der Sache anzunehmen. Auch die Quäker konnten nichts für ihre Wiedereinstellung tun.

Das Verhalten der Arbeiterführer.

Eine wirkungsvolle anti-imperialistische Bewegung kann nur durch die englische Arbeiterklasse in Gang gebracht werden; sie kennt die Leiden ausgebeuteter Menschen, und sie stellt eine Macht dar, wenn sie will. Die Verteidiger des Empire-Systems sind sich über diese Zusammenhänge natürlich von jeher im klaren gewesen. Sie haben daher nicht nur dauernd einen starken ideologischen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausgeübt, sondern es dieser — innerhalb gewisser Grenzen — möglich gemacht, an den materiellen Vorteilen des Empire teilzunehmen. Teilweise verdanken die englischen Arbeiter ihre relativ hohen Löhne zwar dem Kampf der englischen Gewerkschaften. Aber dieser Kampf wäre niemals so erfolgreich gewesen, wenn nicht die englischen Kapitalisten im vorigen Jahrhundert alles getan hätten, schwere Arbeitskämpfe im eigenen Land zu vermeiden und den heimischen Arbeitern auf Kosten der indischen Genossen Lohnzugeständnisse zu machen.

Diese Politik war außerordentlich erfolgreich. Die englischen Arbeiterführer, die, ehe sie die Regierung übernahmen, auf dem Papier dem Recht der Kolonialvölker auf Selbstverwaltung zustimmten, sind im Grunde ihres Herzens nie anti-imperialistisch gewesen. Sie duldeten Männer wie Thomas, der den britischen Imperialismus offen verteidigt. Die Folge solcher Politik war, daß auch ein beträchtlicher Teil der Mitglieder in der Partei wie in der Gewerkschaft unverhohlen auf imperialistischem Standpunkt standen. So erklärt sich ferner, daß die Arbeiterpartei, als sie im Amt war, Indiens Anspruch auf Selbstverwaltung verleugnet hat.

Aus diesen Gründen leite ich das Recht zu der Behauptung ab: Die anti-imperialistische Arbeit in Großbritannien

Ueberfall aus dem Auto Hitlers!

Am Sonnabend traf Hitler in Magdeburg ein, um dort eine Rede zu halten. Als sein Auto am „Reichsbanner“-Stadion „Neue Welt“ vorbeifuhr, standen dort einige „Reichsbanner“-Leute. Plötzlich fuhr das Auto Hitlers an den Bordstein heran, und

die Insassen des Autos schlugen mit schweren Peitschen auf die Umstehenden ein und verletzten drei von ihnen.

Ein Polizeibeamter nahm im Auto die Verfolgung der Attentäter auf, konnte sie aber leider erst an der Stadthalle erreichen. Dort wurde eine polizeiliche Durchsuchung vorgenommen und eine 1 1/2 Meter lange Raubtierpeitsche beschlagnahmt. Der Verdacht, daß Hitler selber der „Täter“ des folgigen Ueberfalls war, liegt nahe, zumal der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ von anderen derartigen Peitschenattentaten gegen den unbotmäßigen „Möb“ berichtet.

Naziabgeordneter wegen Schlägerei festgenommen. In Limburg hatte der Naziabgeordnete Palm mit drei Komplizen Sonnabend nacht einen Wirt niedergeschlagen, weil er sie nach Eintritt der Polizeistunde nicht mehr in sein Lokal lassen wollte. Die Polizei nahm die vier fest und übergab sie dem Amtsgericht.

In Uebach bei Aachen kam es am Sonntag abend im Anschluß an einen „Deutschen Abend“ zu schweren Zu-

AUS DEM INHALT:

Husarenritt gegen das Volk.
Während der Pause in Genf.
Für die Liga für Mutterschutz.
Parteiinteresse oder Klasseninteresse?
KPD für das SPD-Volksbegehren.
Osthilfe = Konjunkturmord,

sammensößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Es wurde dabei auch geschossen. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei wurden sechs Personen, drei Nationalsozialisten und zwei Kommunisten sowie ein Unbeteiligter verletzt. Bisher wurden drei Personen festgenommen.

In der Nacht zum Sonntag ereignete sich in Malterhausen bei Jüterbog eine schwere politische Schlägerei. Nationalsozialisten, die an einem „Deutschen Abend“ teilnahmen, überfielen einen Chauffeur, der ihnen als Antifaschist bekannt war, verprügelten ihn und verletzten ihn schließlich so schwer, daß an seinem Wiederaufkommen gezweifelt wird.

In Bochum-Langendreer bedrohten mehrere Nationalsozialisten einen Polizisten. Dieser schoß und tötete einen SA-Mann.

SA und SS immun!

Am 11. September sollte vor dem Amtsgericht in Kellinghusen (Holstein) ein Bauernhof versteigert werden. Um dagegen zu „demonstrieren“, fanden sich etwa 1000 Bauern, anscheinend größtenteils Nationalsozialisten, in Kellinghusen ein. Zu Demonstrationszwecken führten sie u. a. einen Galgen mit. Als Polizei die Ansammlungen zerstreuen wollte, wurde sie angegriffen. Fünf Polizeibeamte wurden niedergeschlagen und mit Steinen bearbeitet. Eine Reihe SA- und SS-Leute wurden verhaftet.

Widerstand gegen die Staatsgewalt wird, wenn er in einer öffentlichen Zusammenrottung „mit vereinten Kräften“ begangen wird, als Aufruhr bezeichnet. Wer bei einem solchen Aufruhr selber gegen Polizeibeamte den Widerstand ausübt, soll nach der Terror-Notverordnung (§ 2, 3) mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft werden, während die übrigen Teilnehmer am Aufruhr nach §§ 3, 4 derselben Verordnung mit mindestens einem Jahr Zuchthaus bestraft werden sollen und unweigerlich bestraft werden, wenn es sich um Kommunisten handelt. Dasselben Strafen sind vorgeschrieben, wenn man den Fall als „Landfriedensbruch“ auf faßt.

Das Urteil des Kieler Sondergerichts am Montag: ein Jahr Zuchthaus für den SA-Mann Sievers wegen Körperverletzung an einem Polizeibeamten (Terror-Notverordnung); acht Monate Gefängnis für den SA-Mann Niedorf wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten; vier Monate Gefängnis für den SS-Mann Krahl. Fünf SA- und SS-Leute wurden freigesprochen.

Dieser empörende Fall zeigt von neuem, daß die Aufruhr- und Landfriedensbruch-Bestimmungen der Notverordnung nahezu ausschließlich der Anwendung gegenüber linksstehenden Arbeitern vorbehalten bleiben. Und in diesem Falle lag es offensichtlich so, daß „mit vereinten Kräften“ Gewalttätigkeit begangen wurden! Der Fall lag so klar, daß gegenüber Kommunisten und Staatsanwalt leichtes Spiel gehabt hätte. Das hätte so ausgesehen — das kann man mit Sicherheit annehmen: Zehn Jahre Zuchthaus mindestens für alle diejenigen, denen eine Gewalttätigkeit nachzuweisen war; zehn Jahre Zuchthaus mindestens für den, der zu den Gewalttätigkeiten aufforderte (Rädelsführer); ein Jahr Zuchthaus mindestens für alle, die sonst in dem Haufen waren.

Fort mit der Sonderjustiz!

Sie ist kein Schutz gegen den SA-Terror.

steckt erst in ihren Anfängen. Ich stütze dieses Urteil durch die Feststellung, daß zu einer Zeit, als die Inder den Endkampf für ihre Freiheit ausfechten, sie in England über keine einzige wirkungsvolle Hilfe verfügen. Gandhi und die übrigen Führer des Allindischen Kongresses wissen das; sie haben selber gesagt, daß sie von den politischen Parteien Großbritanniens keine Hilfe erwarten, und daß sie sich auf ihre eigenen Kräfte verlassen müßten. Viele meiner indischen Freunde behaupten, daß der britische Imperialismus nur durch nicht-britische Kräfte zerstört werden wird. Sie behaupten mehr: die englische Arbeiterklasse selber wird ihre eigene Befreiung nicht eher erreichen, als bis der britische Imperialismus außerhalb Englands gebrochen sein wird. Dieses Urteil gehört in den Bereich der Prophezeiungen, für deren Richtigkeit ich mich nicht verbürgen kann. Vieles

spricht dafür. Aber wie auch die Antwort ausfallen mag, die englischen Arbeiter sind als Sozialisten auf keinen Fall von der Verantwortung gegenüber den ausgebeuteten Kolonialvölkern befreit. Mehr noch: Der englische Grundsatz „Teile und herrsche“ kann nur zu Fall gebracht werden, wenn die englischen Arbeiter mit den Empörern in den englischen Kolonien Hand in Hand arbeiten.

Aber eine solche Einheitsfront kommt nicht zustande, ohne daß man von dem gegenseitigen Kampf und den Bedingungen des Kampfes weiß. Das fordert von den Engländern, daß sie die falschen Meldungen über Indien unschädlich machen und sich um wahrheitsgetreues Nachrichtenmaterial bemühen.

Die Passivität der englischen Arbeiter gegenüber solchen Aufgaben ist der beste Beweis dafür, wie sehr diese Arbeit

bisher vernachlässigt worden ist. Daher muß mit der Arbeit der Aufklärung mit allen nur vorhandenen Kräften endlich begonnen werden.

Die Kommunistische Partei und die ihr angeschlossene Organisation, die „Liga gegen Imperialismus“, verdirbt ihre eigene Tätigkeit, indem sie in dogmatischer Weise die Methoden der Gewaltlosigkeit verurteilt und die Führer des all-indischen Kongresses verdächtigt, Agenten der indischen Bourgeoisie zu sein. Man kann dem britischen Imperialismus keinen größeren Gefallen tun, als die Arbeit derjenigen vernachlässigen zu machen, die von den Engländern selber als höchste gefürchtet werden. Die „Liga gegen Imperialismus“ hat daher unter ernsthaften Sozialisten kein Ansehen.

Die „Freunde von Indien“.

Die indischen Genossen haben einstweilen in einer anderen Organisation eine größere Stütze, nämlich in der Vereinigung „Freunde von Indien“, die zu dem Zweck gegründet wurde, die Engländer über die Vorgänge in Indien wahrheitsgetreu aufzuklären. Die Mitglieder sehen in dieser Aufgabe die heute wichtigste Vorarbeit. In den Reihen der „Freunde von Indien“ arbeiten Inder und Engländer, Arbeiter und Gewerbetreibende, Sozialisten und Pazifisten. Die Gesellschaft wendet sich an die Mitglieder aller politischen Parteien, sofern sie nur ernsthaft gegen den britischen Imperialismus kämpfen wollen. Zu Beginn dieses Jahres ist die Monatschrift „Indian Bulletin“ herausgegeben worden. Es waren große Vorsichtsmaßnahmen nötig, um wirklich solche Mitteilungen zu veröffentlichen, die sonst verschwiegen werden und doch aus absolut zuverlässigen Quellen stammen. Der ganze Wert der Propaganda der Gesellschaft hängt von dem Vertrauen ab, das sie sich hinsichtlich der Zuverlässigkeit ihrer Informationen erwirbt. Sir Samuel Hoare, der Staatssekretär für Indien, hat der Zeitschrift dieses Vertrauen ausgesprochen. In einer Parlamentsausrede über Indien äußerte er: „Hier in London hat eine Zeitschrift „Indian Bulletin“ eine weite Verbreitung gefunden. Man sagt, sie werde von den „Freunden von Indien“ herausgegeben. Ich lese diese Zeitschrift regelmäßig. Ich habe selten so starke und wirkungsvolle Anstrengungen zum Zwecke politischer Propaganda gesehen, wie in diesen Blättern.“ Derselbe Hoare war nicht imstande, auch nur eine einzige Tatsache zu widerlegen, die in der Zeitschrift genannt worden ist.

Die fliegende Kolonne.

Dieser Erfolg führte zu einem neuen Vorstoß, zu dem Unternehmen einer fliegenden Nachrichtenvermittlung. Es wurden Autokolonnen gebildet, die durch alle Städte Englands fahren. Engländer und Inder nahmen daran teil und sprachen jeden Abend über die englische Herrschaft in Indien. Ich selber bin zehn Tage mit zwei Rednern, einem Hindu und einem Mohammedaner, so umhergefahren.

Der Widerhall, den wir fanden, überstieg weit unsere Erwartung. In einigen Städten hatten wir die Unterstützung der lokalen Gewerkschaften, der Arbeiterparteien, der Friedensgesellschaften und der Quäker. Aber nirgends gab es irgendeine langwierige Vorbereitung. Wir fuhren einfach mit unserem Auto auf den Marktplatz, ließen das Rednerpult, das hinten am Wagen angebracht war, herunter, verteilten einige Handzettel und legten los. Überall, wohin wir kamen, sammelte sich bald ein größeres Auditorium an. In Leeds hörten z. B. mehr als 600 Arbeiter zu. Unsere Versammlungen lebten von dem Interesse, das unsere Hörer unseren Reden entgegenbrachten. Es gab fast nie feindselige Zwischenfälle. Zuweilen, wenn ein gegnerischer Zuhörer den Redner durch Querfragen stören wollte, war das ganze Publikum wie ein Mann gegen ihn und nötigte ihn, den Mund zu halten. Wir stießen auf einen wahren Hunger nach Aufklärung über Indien. Unsere Versammlungen dauerten vielfach bis spät in den Abend hinein. Niemals kam es zu einer törichten und flachen Aussprache, sondern immer mußten ernste Einwände beantwortet werden, von denen drei im Vordergrund standen: Die Frage nach Indiens Fähigkeit, sich selber zu regieren, nach den Kämpfen zwischen Hindus und Mohammedanern und dem Verhältnis zu den indischen Kapitalisten.

Großartig klappte der Verkauf unserer Zeitschrift. Im Durchschnitt haben wohl 50 Prozent unserer Zuhörer die Zeitschrift gekauft; dabei muß man bedenken, daß der größere Teil arbeitslos war. Als ich in einer Stadt durch die Reihen unserer Zuhörer ging, um das Heft zu verkaufen, kam ein Genosse, nachdem er eins gekauft hatte, zurück und kaufte noch zwei dazu. Als ich sah, daß er fortgehen wollte, fragte ich ihn, warum er nicht da bliebe, die anderen Redner sprächen

ja noch. Da erzählte er, daß er einen sehr weiten Weg hätte und kein Geld zum Fahren; aber er wolle versuchen, wenigstens diese Hefte noch zu verkaufen. Damit rannte er los.

Die Sammlung zur Deckung unserer Unkosten ist fast überall aus Pfennigen und Groschen der Genossen zusammengebracht worden. Das leidenschaftliche Interesse an unseren Reden war meistens verbunden mit einer völligen Unkenntnis auch nur der allereinfachsten Tatsachen über Indien. Einer der beiden Inder war über diese völlige Unkenntnis so überrascht, daß er dazu überging, zu Anfang seiner Rede erst einmal zu sagen, wo Indien liegt und wieviel Menschen dort wohnen. Aber trotz dieses Mangels an Kenntnissen haben wir nicht einen einzigen Arbeiter kennen gelernt, der an Indiens Recht auf Selbstverwaltung zweifelte. Die Frage ging nur immer wieder darauf hinaus, ob es in Indiens Interesse sei, unabhängig von England zu leben; ob nicht Indien in schwere innere Kämpfe gestürzt würde, wenn England seine Hand zurückzöge und ob es nicht seiner eigenen Bourgeoisie in die Hände fiel. Wir fanden also unter den englischen Arbeitern Menschen, die den englischen Imperialismus dulden — nicht aus irgend welchem Rassenhaß oder Dünkel, nicht aus irgend einem Wahn, daß die britischen Imperialisten das Recht haben, das indische Volk ihrer Herrschaft zu unter-

werfen, oder es um der materiellen Vorteile willen zu unterjochen —, sondern einfach nur deshalb,

weil die Massen die einfachsten Tatsachen über die englischen Herrschaftsmethoden in Indien nicht kannten.

Ich will nicht behaupten, daß unsere Zuhörer typisch gewesen wären für die Durchschnittsengländer; ich glaube nur, daß sie gute Vertreter der Arbeiterklasse waren.

Das Ergebnis.

Ich habe daraus gelernt, daß wir uns an die Massen der Arbeiter halten müssen — nicht an die Führer der Organisationen —, wenn wir Unterstützung in der anti-imperialistischen Arbeit erhalten wollen. Unser Mut ist durch diese Fahrt gestärkt worden, nicht nur auf Grund des begeisterten Widerhalls, den wir überall fanden, sondern weil sie uns bekräftigt hat in der Wertschätzung des Arbeitens von Genosse zu Genosse, eine Arbeit, die heute von besonderer Bedeutung ist. Die Führer können oder wollen nicht aus eigenem Entschluß los von ihren falschen und überholten Methoden. Darum müssen seinen Schubs von unten kriegen!

Diesen Stoß zu versetzen, in einer der brennendsten Angelegenheiten Englands, haben sich die „Freunde von Indien“ vorgenommen.

Während der Pause in Genf.

Generäle bei Abrüstungsdebatten.

Der Streit um den neuen französischen Plan.

Der neue französische Abrüstungsplan, über dessen Grundzüge wir bereits vor vierzehn Tagen berichteten, bildet zur Zeit in Frankreich den Gegenstand eines heftigen politischen Kampfes. Der Plan ist einem Studienausschuß zur Bearbeitung vorgelegt worden, in dem u. a. Herriot und die Vertreter Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz sitzen, außer ihnen aber auch der französische Große Generalstab unter der Führung des Generals Weygand. Der Streit wird vor allem zwischen Weygand und dem Führer der Genfer Delegation, dem Kriegsminister Paul-Boncour, geführt: Den Generälen genügen die von der Regierung und der Abrüstungsdelegation geforderten Sicherheitsgarantien nicht, sie weigern sich, irgend eine Abrüstungsmaßnahme in bezug auf Landstreitkräfte zuzugestehen, ehe nicht viel weitergehende Sicherheitsgarantien geschaffen seien.

Die erste Folge des Streits ist, daß der Abrüstungsplan wahrscheinlich nicht, wie es beabsichtigt war, bis zum 8. November der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden kann. Die Regierung bemüht sich, diesen Termin noch zu retten; es wird sogar gemeldet, daß in der Nacht von Montag auf Dienstag eine gewisse Einigung erzielt worden sei.

Die sozialistischen und die radikalsozialistischen Blätter greifen Weygand heftig an. Leon Blum's Blatt stellt empört fest, ein solcher Boykott sei die natürliche Folge, wenn man die Prüfung des Abrüstungsplanes denen anvertraue, deren Beruf es sei, Krieg zu führen.

Die Generäle stehen in Frankreich weiter hinter der Front des politischen Lebens als in Deutschland. Der Kampf um den Abrüstungsplan zeigt aber, daß sie auch dort, eine große, den friedlichen Verkehr zwischen den Völkern gefährdende Wirksamkeit ausüben.

Abrüstung statt Vier-Mächte-Konferenz?

Der amerikanische Vertreter bei der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, hat seine schon seit einigen Wochen geführten Verhandlungen mit der britischen Regierung fortgesetzt. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß aus der Vier-Mächte-Konferenz nichts mehr wird, und will auf andere Art die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Arbeiten der Abrüstungskonferenz schaffen: Davis versucht, Mac Donald und Simon dafür zu gewinnen, den Hoover-Plan anzunehmen und gemeinsam mit den Vereinigten Staaten mit einer Herabsetzung der Streitkräfte zu beginnen. Außerdem versucht er, wie verlautet, Frankreich und Italien zum Beitritt zu dem Flottenabkommen von 1930 zu veranlassen, das wenigstens eine gewisse Begrenzung der Streitkräfte vorsah.

Es ist möglich, daß der Grund für die abwartende Haltung, die die britische Regierung jetzt in bezug auf den Tagungsort der Vier-Mächte-Konferenz einnimmt, dadurch zu

erklären ist, daß sie sich für die Wiederbelebung der Abrüstungskonferenz mehr von einem englisch-amerikanischen Abrüstungsvertrag als von der Vier-Mächte-Konferenz verspricht.

Jedenfalls verliert die Frage der Vier-Mächte-Konferenz gegenüber dem amerikanischen Plan eine wirklichen Abrüstung an Bedeutung. Die Konferenz würde wahrscheinlich kaum zu einer wirklichen Klärung der Lage führen, während ein Beginn mit wirklicher Abrüstung den Chauvinisten in Deutschland das Argument nehmen würde, daß die anderen Mächte gar nicht daran dächten, ihre Rüstungen zu verringern.

Italienischer Polizeispitzel in der Schweiz verhaftet.

In Lugano wurde der italienische Chemiker Sertorio verhaftet, der Spitzeldienste für die italienische Geheimpolizei ausübte. Die Untersuchungen haben ergeben, daß er einer der wichtigsten Beamten der Mailänder Polizei ist, der mit der Beaufsichtigung der in der Schweiz lebenden Antifaschisten betraut ist. Während Mussolinis Aufenthalt in Turin und Mailand sollte diese Aufsicht verschärft werden.

Kongreß des Bulgarischen Bauernbundes.

Am Sonntag wurde im Sofioter Stadion der 24. Kongreß des bulgarischen Bauernbundes eröffnet, an dem 15 000 Delegierte teilnahmen. Ein Vertreter der rumänischen national-zarantistischen Partei — die dort an der Regierung ist — wurde stürmisch begrüßt. Dagegen wurden Kundgebungen des linken Flügels, dessen Führer, den ehemaligen Ministern Athanasoff und Stoyanoff, vor einigen Tagen die Einreise nach Bulgarien verweigert wurde, energisch unterdrückt.

Blutige Kämpfe im Chaco.

Die Kämpfe zwischen Paraguay und Bolivien dauern an, sowohl mit eisernen Waffen als auch mit Not und Kriegsberichten, in denen beide Seiten stets behaupten, siegreich gewesen zu sein. Der Völkerbund scheint es aufgegeben zu haben, die kriegführenden Parteien durch höfliche Schreiben zur Beendigung der Streitigkeiten zu ersuchen, ohne jedoch zu anderen und wirksameren Mitteln zu greifen.

Stacheldraht um Charbin.

Da demnächst in der Mandchurei die Flüsse vereisen werden, ihre Ueberschreitung also auch außerhalb der Brücken möglich sein wird, treffen die mandchurischen Behörden umfangreiche Abwehrmaßnahmen gegen Ueberfälle auf die an den Flußufern gelegenen Städte. Charbin ist mit Stacheldraht umgeben worden, durch den Starkstrom geleitet wird.

Im Rheinland für die Liga für Mutterschutz.

Die Kirche als Feind des Fortschritts.

Von Maria Hodann.

Auf einer Vortragsreise für die Liga für Mutterschutz im Rheinland hatte ich Gelegenheit, die besonderen Hindernisse unserer Arbeit für den kulturellen Fortschritt in diesem Hort des Katholizismus zu studieren. Ueber das Verbot einiger meiner Versammlungen wegen „Gefährdung der Sittlichkeit“ hat der „Funke“ bereits berichtet. Ich will einige weitere Erfahrungen mitteilen, weil ich glaube, daß alle Sozialisten diesen Gegner — die Kirche — recht genau kennen sollten, um überall gegen ihn entschieden genug den Kampf aufzunehmen.

Kein Lokal für die Liga.

Kleine Tatsachen beleuchten die Größe der Schwierigkeiten. In München-Gladbach sollte eine Ortsgruppe der Liga gegründet werden. Es gab genug Menschen, die Interesse dafür hatten. Aber die Sache scheiterte schon vor Beginn; denn es fand sich kein Lokal bereit, einen Raum für eine Gründungsversammlung herzugeben. Nicht einmal das, in dem die KPD zu verkehren pflegt. Selbst dieser Wirt meinte kopfschüttelnd: „Mit solchen Sachen können wir uns hier leider nicht befassen.“ (Wir können ergänzen: es könnte sonst ein Kirchenturm wackeln!) Dabei ist in diesem Ort die KP die zweitstärkste Partei.

Gegen die Kirche soll nichts gesagt werden!

In Mörs am Niederrhein gab vor kurzem die Polizei die Genehmigung zu einer Veranstaltung der Liga, in der über „Frauen in Not“ gesprochen werden sollte, nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der Redner nichts gegen die Kirche sagen würde.

Im Beichtstuhl gegen Schwangerschaftsverbütung.

Eine Katholikin ist Mitglied der Liga für Mutterschutz geworden. Sie hat zwei Kinder; die beiden schweren Geburten haben sie fast das Leben gekostet. Sie läßt sich beraten über Verhütungsmittel und wendet sie mit Erfolg an. Nach einiger Zeit fragt der Priester in der Beichte sie, warum sie noch kein drittes Kind bekomme. Die Frau: Ich fürchte, ein drittesmal überlebe ich eine Entbindung nicht. Der Priester: Liebe Frau, das steht in Gottes Hand. (So sagt es auch die Enzyklika des Papstes über Ehe und Familie!) Wenden Sie etwa Mittel an gegen die Empfängnis? Die Frau gibt dies zu und berichtet, daß sie diese in der Liga erhalten habe. Der Priester, entrüstet, gibt ihr die Weisung, die Mittel ins Feuer zu werfen, es säße der Teufel drin. Er verweigert ihr bis dahin die Absolution.

Die Frau, die an ihrem Leben mehr hängt als an ihrer Seligkeit, geht nicht wieder zur Kirche. Aber ganz ruhig ist sie dabei auch nicht. Darum entschließt ihr Mann sich, zu einem anderen Priester beichten zu gehen. Er hat Glück. Dieser Mann Gottes scheint die Enzyklika des Papstes nicht ganz so streng anzuwenden. Nach Anhören der näheren Umstände erteilt er dem Mann Absolution für die Empfängnisverbütung — unter der Bedingung, daß die beiden vorhandenen Kinder streng christlich-katholisch erzogen werden!

Den Kirchenaustritt wagen nur wenige!

Wer diese und ähnliche Erfahrungen macht, ist gewiß nicht gut auf die Kirche zu sprechen. Aber den Austritt riskieren nur wenige, wo die Priester das gesamte öffentliche Leben beherrschen, wie zum Beispiel in Neuß. Ich spreche dort mit zwei Dissidenten, ehemaligen Katholiken. Sie selber haben den Schritt gewagt, — aber ihr Kind ließen sie evangelisch taufen, „sonst bekommt es in Neuß nie eine Stellung!“ Und evangelisch ist immerhin „nicht ganz so schlimm wie katholisch!“ Eine freie Schule gibt es hier nicht.

Eine Zelle des Fortschritts.

Es gehört Mut dazu, sich in einer so schwarzen Stadt wie Neuß als Freidenker zu bekennen. Umso erfreuter bin

ich, in der Familie eines Liga-Funktionärs eine ganze „Zelle des Fortschritts“ zu finden. Alle sind Dissidenten: die alten Eltern, die erwachsenen Kinder, die schon eigene Familien haben. Alle wohnen beieinander, weil niemand Arbeit hat, und sonst die Unterstützung nicht reichen würde. Die Nachbarn wundern sich oft darüber, daß diese „gottlose“ Familie so gute Gemeinschaft hält, in der einer dem anderen hilft. Predigen nicht die Pfarrer sogar von der Kanzel herab, daß die Gottesleugner unmoralische Menschen sind und Volksverderber?

Von diesem „praktischen“ Kommunismus darf allerdings das Wohlfahrtsamt nichts erfahren: es würde ihn mit einer unerträglichen Kürzung der Unterstützung beantworten. Die Wahrung der Genossen liegt in einer katholischen Genossenschaftsliedung. „Wer hier wagt, gegen die Kirche aufzutreten, muß gewärtig sein, exkommuniziert zu werden.“ Daß wir noch hier wohnen, ist den Pfaffen ein Dorn im Auge. Aber gegen uns wagen sie nichts, weil wir fast 20 Jahre hier wohnen, und weil der Vater Stadtverordneter der KP war! (Auch hier ist die KP die zweitstärkste Partei.)

Aus der KP heraus.

Ich lasse mir erzählen von den Kämpfen und Schikanen, die einen aufrechten Menschen den zermürben. Ja, er ist ein wenig müde; nun sind auch die eignen Parteigenossen noch über ihn hergefallen. Er ist, wie auch sein Vater, aus der KP ausgeschieden. „Ich habe den Ausschluß nicht abgewartet“, sagt er, „aber die Spaltung, die von der KP in Gewerkschafts- und Kulturorganisationen getrieben wird, macho, ich nicht mit!“ Nun arbeitet er um so eifriger für die Liga für Mutterschutz. — Viele kommunistische Genossen habe ich getroffen, denen es ebenso geht; es sind oft die besten Kämpfer, die diese Partei in ihrer unbegreiflichen Verrantheit so verliert.

Kein Geld für Hygiene — aber für Einzug der Madonna!

Ich gehe mit dem Genossen durch die interessante alte Römerstadt. In dem schönen Münster — es ist gegen Abend — viele Menschen, auf den Knien liegend, mit dem Rosenkranz

Parteiinteresse oder Klasseninteresse?

Die Lehre dreier Gemeindewahlen für die Arbeiterschaft.

Im „Norddeutschen Echo“, einer kommunistischen illustrierten Wochenzeitung, sind anlässlich der kürzlich in drei verschiedenen Orten vorgenommenen Gemeindewahlen interessante Aufzeichnungen zu finden. Die Ueberschriften dazu lauten: „Sie verloren — wir marschieren!“ und „Glänzender Auftakt zur Reichstagswahl am 6. November.“

Die Gewinn- und Verlustliste aber sieht so aus: „Am 2. Oktober haben in Stallupönen (Ostpreußen), Köppelsdorf (Thüringen), Westratekau (Oldenburg) Wahlen stattgefunden, deren Ergebnisse die dumpfen Ahnungen der Naziführung nur bestätigen, und die zugleich einen starken Vormarsch der Kommunisten signalisieren. Hier die Ergebnisse:

Es erhielten in Stallupönen:

	Oktober 1932 Stimmen	Reichstagswahl 1932 Stimmen
KPD	620	(503)
Bürgerliche Liste	658	(382)
SPD	200	(482)
NSDAP	1262	(2199)

In Köppelsdorf:

	Oktober 1932 Stimmen	Reichstagswahl 1932 Stimmen
KPD	643	(846)
Bürgerliche Liste	215	(116)
SPD	262	(450)
NSDAP	492	(822)

In Westratekau:

	Oktober 1932 Stimmen	Reichstagswahl 1932 Stimmen
KPD	221	(186)
Bürgerliche Liste	347	(210)
SPD	1094	(1086)
NSDAP	1059	(1320)

Im Kommentar hierzu heißt es:

„Die Wahlbeteiligung war an allen drei Orten schwächer als bei der vergangenen Reichstagswahl. Die prozentuale Berechnung zeigt eindeutig die starke Abwärtsentwicklung der NSDAP. Ein Teil ihrer Stimmenverluste wurde von den Bürgerlichen aufgesaugt. In Stallupönen gewannen die Kommunisten nicht nur die gesamten Verluste der SPD, sondern außerdem noch einen Teil der nationalsozialistischen Stimmenverluste.“

In Stallupönen gingen zur Gemeindewahl im Oktober insgesamt 2785 Wahlberechtigte, zur Reichstagswahl 1932 insgesamt 3666 Wahlberechtigte. Demnach haben 831 Wahlberechtigte Wahlenthaltung geübt. Der prozentuale Anteil der KP und der Bürgerlichen an der Gesamtstimmzahl stieg in der Gemeindewahl, der der SP und NS ging zurück, darüber besteht kein Zweifel. Wie die nachstehende Tabelle zeigt, ist jedoch im prozentualen Endergebnis eine wesentliche Änderung zwischen Arbeiterschaft und Bürgerlichen nicht eingetreten.

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
KP = 22,7 %	KP = 14,1 %
SP = 7,3 %	SP = 13,5 %
Arbeiterschaft = 30,0 %	Arbeiterschaft = 27,6 %

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
Bürgerliche Liste = 22,8 %	Bürgerliche Liste = 10,7 %
NSDAP = 46,2 %	NSDAP = 61,7 %
Zusammen = 69,0 %	Zusammen = 72,4 %

Bürgerliche Liste und NSDAP: Abnahme 3,4 %

Was nun? Wie steht es damit: „in Stallupönen gewannen die Kommunisten nicht nur die gesamten Verluste der SPD, sondern außerdem noch einen Teil der NS-Stimmenverluste.“ Die Prozentualrechnung scheint einen Haken zu haben. Vergleicht man vor allem die Zahlenergebnisse der beiden Wahlen, so zeigt sich, daß die KP 117 Stimmen gewonnen und die SP 282 verloren hat. Die Bürgerliche Liste gewann 271 Stimmen, die NS verloren 937. Wollte man annehmen, daß die KP ihren Stimmenzuwachs aus der früheren SP-Wählerschaft schöpfte, so verschwänden immerhin noch 165 SP-Stimmen im Heer der Nichtwähler. Die bürgerliche Liste hat auch nur einen Teil der verlorengegangenen NS-Stimmen aufsaugen können, sodaß 666 Stimmen ebenfalls zu den Nichtwählern gegangen sind. Diese beiden Summen von Nichtwählern aus verschiedenen Lagern ergeben eine Zunahme der Nichtwähler um 831 Stimmen.

In Köppelsdorf, wo alle Parteien außer der bürgerlichen Liste Stimmenverluste aufzuweisen haben, sieht der „Vormarsch“ so aus:

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
KP = 40,2 %	KP = 38,4 %
SP = 16,3 %	SP = 20,4 %
Arbeiterschaft = 56,5 %	Arbeiterschaft = 58,8 %

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
Bürgerliche Liste = 13,4 %	Bürgerliche Liste = 5,3 %
NS = 30,7 %	NS = 37,4 %
Bürgertum = 44,1 %	Bürgertum = 42,7 %

Bei der Gemeindewahl im Oktober: Arbeiterschaft 2,3 Prozent Verlust; Bürgertum 1,4 Prozent Gewinn.

Auch hier haben wir eine verhältnismäßig große Zunahme der Nichtwähler, nämlich um 622 Stimmen.

In Westratekau haben alle Parteien mit Ausnahme der NSDAP Stimmengewinne. Eine wesentliche Veränderung im Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum ist trotzdem nicht eingetreten, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
KP = 8,2 %	KP = 6,6 %
SP = 40,5 %	SP = 38,8 %
Arbeiterschaft = 48,7 %	Arbeiterschaft = 45,4 %

Oktober 1932	Reichstagswahl 1932
Bürgerliche Liste = 12,9 %	Bürgerliche Liste = 7,5 %
NS = 39,2 %	NS = 47,1 %
Bürgertum = 52,1 %	Bürgertum = 54,6 %

KPD für das SPD-Volksbegehren. Ein vernünftiger Entschluß.

J. H. In einer Versammlung der Roten Hilfe in Köln sprach Wilhelm Pieck vom Zentralkomitee der KPD.

Wichtig für die Schaffung einer Einheitsfront aller Arbeiter war seine Stellungnahme zum Volksbegehren der SPD (gegen den sozialpolitischen Teil von Papens Wirtschaftsprogramm). Pieck erklärte, die KP würde ihre Anhänger auffordern, sich an diesem Volksbegehren zu beteiligen. Da der übrige Teil seiner Rede keine Aussichten für eine vernünftige Einheitsfrontpolitik der KPD eröffnete, ist es um so wichtiger, die Arbeit für das Volksbegehren in den Dienst einer engen Zusammenschweißung der Sozialisten aller Richtungen zu stellen.

Sehr verwirrend war in dieser Versammlung, daß außer Pieck noch ein Mitglied der NSBO offiziell als Redner auftrat und sich für die gemeinsame Kampffront zwischen NSBO und RGO einsetzte. Hatte Pieck vorher die Rolle

Die Arbeiterschaft hat gegenüber der Reichstagswahl ein Mehr von 3,3 Prozent, das Bürgertum ein Weniger von 2,5 Prozent zu verzeichnen.

Zu alledem die Schlußfolgerung des „Norddeutschen Echos“:

„Wenn man von diesen Ergebnissen auch nicht schematisch auf den Ausgang der Wahlen vom 6. November schließen kann, so sind diese drei Stimmenergebnisse aus drei in verschiedenen Gegenden Deutschlands liegenden Orten doch für die politische Entwicklung in Deutschland symptomatisch. Die Antifaschisten werden alles daransetzen, um Millionen enttäuschter Wähler von der Nazi-Partei loszulösen, Hunderttausende sozialdemokratischer Wähler für die rote Einheitsfront zu gewinnen, und durch die Steigerung der Einheitsfrontaktion einen überwältigenden Sieg der Liste 3 — die Liste der Kommunisten — sicherzustellen.“

Auch wir sind der Meinung, daß man aus diesen Wahlen nicht schematisch auf den Ausgang der Wahlen vom 6. November schließen kann. Aber gerade darum kommen wir, entgegen der Schlußfolgerung des „Norddeutschen Echos“, zu einem grundsätzlich anderen Ergebnis. Nämlich zu dem im „Funken“ immer wieder geforderten

Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen.

Dafür sollten auch gerade diese Gemeindewahlen eine Mahnung sein. Selbst in Stallupönen ist es der KP nicht gelungen, den gesamten Verlust der SP aufzusaugen. Es ist anzunehmen, daß die Wahlmüden der SP weder mit ihrer eigenen Partei zufrieden sind, noch gewillt sind, die KP zu wählen. Und erst in Köppelsdorf. Hier brachte die KP, ebensowenig wie die SP, alle ihre früheren Wähler an die Wahlurne, geschweige denn, daß die KP Stimmen der SP gewann.

Nur der Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft vermag die wahlmüden Arbeiter an die Wahlurne zu bringen und ihnen den Mut wiederzugeben, so, daß sie aktiv in den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf zur Verwirklichung ihrer Ziele eingreifen kann und darüber hinaus ein großer Teil Proletariat aus dem bürgerlichen in das eigene Lager zurückgeführt wird.

Bei der Art, wie im „Norddeutschen Echo“ die Wahlergebnisse „schmackhaft“ gemacht werden, kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die KP nur auf den Vorteil ihrer eigenen Partei bedacht ist. Damit noch nicht genug, verleitet das „Norddeutsche Echo“ die Arbeiterschaft auch zu einem falschen Optimismus, der die Tatkraft lähmt. Denn wozu seine ganze Kraft einsetzen, wenn der Sieg sicher ist?

Darum noch einmal: Einheitsliche Aktionen!

Max Diekhaut



und Gefahr der Nazis deutlich und richtig gekennzeichnet, so mußte es alle einfach und gerade Denkenden befremden, einen Anhänger der Nazis als „Kampfgenossen“ vorgestellt zu bekommen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Bremen: Mittwoch, 26. Oktober, 20.15 Uhr. im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Die Kriegsgefahr wächst! Gegen den Rüstungswahnsinn!

Essen: Donnerstag, 27. Oktober, 20 Uhr. Wirtschaftskulbrock, Beuststr. 49. Thema: Politische Lage.

Köln-Kalk: Mittwoch, 26. Oktober, 20.15 Uhr. Lokal Nik. Riek, Victorstr. 70. Thema: Freie Gewerkschaften oder RGO?

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

BRUNO GLUCHOWSKI
KOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (12)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

„Schade, hät dich noch gern behalten. Na, aber kannst nix dran machen; wenn Steiger sagt, dann muß gehn.“

Sich über den gestrigen Sonntag und seine Freuden unterhaltend, gehen sie durch den Querschlag, trennen sich an Revier II. Günther geht weiter geradeaus, biegt dann rechts ab in eine neue, stark ausgebaute Strecke, steht dort seine beiden neuen Kumpels auf einer Gezihkiste sitzen und buttern.

„Glück auf. Bin ich hier richtig in Flöz 5, Aufbau? Ich soll mich bei Hauer Strugalski melden.“

„Bist schon richtig, bist also der neue Schlepper“, antwortet ihm der Älteste von den beiden, kaut ruhig weiter. Zwischen einem Biß in sein Brot und einem Schluck aus der Kaffeepulle sagt er: „Zieh dich aus und butter. Gleich geht's ran an die Gewehre.“

Der Jüngere ist der Bergschüler und Lehrhauer Walter Gröricke, mustert den neuen Gedingschlepper sehr genau.

Nach schnell beendetem Frühstück erheben sich alle drei, um nach dem Ueberbau zu gehen. Günther nimmt schnell noch einen Schluck Kaffee; er hat gestern viel kalte Bierchen gehabt und das gibt Durst. Drei Meter breit und eineinhalb Meter hoch, so frist sich der Ueberbau in das Kohlenflöz, bis man am nächsthöheren Ort angelangt ist. Dann wird eine Strobe daraus, in der man die Kohle abbaut. Die linke Hälfte wird von der Schüttelrutsche eingenommen, in der rechten hängen die Lutten, ineinandergelagerte Blechrohre von 200 Millimeter Durchmesser, die mit Drahten unter den Hangenden befestigt sind. Sie dienen zur Bewetterung, führen frische Luft nach oben bis dicht vor das Flöz. Auf diese Weise werden die sich ansammelnden Grubengase, die leichter sind als die Luft und daher unter der Firne schweben, verdünnt und unschädlich gemacht. Strugalski schnappt sich den Bohrhammer, bohrt Löcher in die harte Kohle, um sie nachher zu sprengen. Der Presslufthammer verursacht einen gewaltigen Lärm, an seiner Mündung ist ein 2 Meter langer Stahlbohrer befestigt, der sich mit heilsingendem Ton in die Kohle einfrßt. Strugalski hält

den schweren Hammer vor die Brust gepreßt, stemmt sich mit aller Kraft dagegen, um den heftigen, den Körper durchschütternden Rückschlag zu mindern. Feingemahlener Kohlenstaub rieselt aus dem Bohrloch, das in kurzer Zeit in die schwarze Wand getrieben ist. Günther schleppt Holz herauf, hilft dem Bergschüler beim Verhauen. Dann geht er zum Krensberg, bestellt den Schießkerl. Nach einer Viertelstunde kommt der angewalzt.

„Glück auf. Wieviel Schuß habt ihr?“ spricht er zu Günther.

„Weiß nicht. Will mal eben fragen.“

In den Ueberbau schreit er hinein: „Hallo, Schießkerl ist da. Wieviel Schuß?“

„Sechs Schuß, wir kommen gleich runter“, ertönt die Antwort.

Er bestellt dies dem Schießmeister, der daraufhin das Geschöß fertigmacht. Strugalski und der Bergschüler kommen aus dem Ueberbau geklettert.

„Glück auf, Rudolf, wie is denn?“ begrüßt ersterer den Schießmeister.

„Wie soll's sein, Jupp. Wie 'ne Hühnerleiter, von oben bis unten beschissen. Jeden Tag dasselbe. Morgens früh raus, dann nach der Zeche. Mittags von der Zeche müde nach Hause und gegessen, ein bißchen rumgeklüngelt bis abends; dann wieder gegessen und dann rin in die Kuchee. Am andern Morgen und andern Tag genau dasselbe. Und so Tag für Tag, Jahr für Jahr. Bis man alt is und nich mehr kann oder bis einen schon vorher der Deuwel holt im Pitt.“

„Hast recht, Rudolf, stimmt genau. Was hat so'n dreckiger Kumpel denn überhaupt vom Leben? Die eine Hälfte kriecht man rum in diesem Sauloch, die andere sitzt man zu Hause bei Weib und Blagen und schwitzt Trübsal. Nischt wie Sorgen und Elend hat man, und kein bißchen Freude. Wo soll man da noch Lust am Leben haben. Lust zum Sterben, die kriegt man alle Tage.“

„Nun mach's nicht gleich zu schlümm, Jupp“, mischt sich da der Bergschüler in das Gespräch. „Das Leben ist auch für einen Bergmann ganz schön, wenn man Lust und Liebe zu seinem Beruf hat und all das Schöne auf sich wirken läßt, was aus Gottes herrlicher Natur mit seiner Stimme zu uns Menschen spricht. Wenn man mit seinem Gott in Frieden lebt und die Mission, die er uns Menschen auf Erden zuerteilt hat, getreulich erfüllt, dann kann man auch als Arbeiter glücklich sein.“

Etwas wie tiefe Gläubigkeit klingt aus den Worten, die der junge Lehrhauer und Bergschüler zu seinem älteren, lebensverbitterten Kumpel spricht.

„Ja, du hast gut kacken“, erwidert der ihm höhnisch. „Du Kiekindiewelt, du Muttersöhnchen. Hast einen Vater, der Steiger ist und viel Geld verdient, gehst selber auf die Bergschule. In ein oder zwei Jahren bist du auch Steiger, kennst dann deine früheren Kumpels nicht mehr. Du brauchst dir keine Sorgen zu machen, für dich wird der Tisch immer gedeckt sein. Aber steck du mal in meiner Haut, dann wirst du ein anderes Lied pfeifen. Hab du mal ein Weib, das nicht weiß, wie es die Familie satt machen soll, von den paar Kröten, die der Alte lohntags nach Hause bringt. Hab du mal acht Blagen wie die Orgelpfeifen, eins immer noch kümmerlicher wie das andere. Hast sie zerlumpt rumlaufen wie die Bettelkinder und kannst nichts Neues kaufen zum Anziehen, mußst die Altsche einen Flicker auf den anderen setzen lassen. Eins kommt und sagt zu dir: „Vater, solange haben wir schon kein Fleisch mehr gehabt. Wann kriegen wir wieder ein Stückchen? Fleisch ist doch so lecker und schmeckt so gut.“ Und du mußt ihm dann antworten: „Vielleicht Sonntag, mein Junge, wenn die Mutter noch soviel Geld hat.“ Und ein anderes kommt und zeigt dir seine zerrissenen Schuhe: „Kuck mal, Vati, die sind so kaputt, ich kriegt ganz nasse Beine drin.“ Und du suchst in der Kiste nach Leder und kannst nichts finden als verschimmeltes Oberleder von einem alten Kohlschuh und haust das dann drunter. Und dann kommt wieder ein anderes und sagt: „Vati, bei Schröders drüben haben sie Kuchen gebacken zur Hochzeit von der Martha, und so schön hat's gerochen. Wann backt unsre Mutter denn wieder Kuchen?“ Und du kannst ihm keine andere Antwort geben als: „Zu Weihnachten, mein Mädchen, dann backt Mutter viel Kuchen.“ Und dein Kind sagt dann: „Ist ja noch solange, bis Weihnachten.“ Und geht mit ganz enttäuschem Gesicht weinend davon, und du selber könntest heulen vor Wut. Wenn du dann so mitten drin sitzt im Elend und der Zorn frist dir im Balge, weil du trotz deinem ganzen Schuffen und Quälen nicht vorankommst, deinen Kindern die kleinste Bitte abschlagen mußst, deine Frau immer stiller und vergrämter werden siehst, dir selbst nicht mal 'ne Zigarre und 'n Schoppen Schnaps leisten kannst, wenn du so weit bist, mein lieber Junge, dann wird dir die Frömmigkeit schon vergehen. Dann wirst du selbst erkennen: der liebe Gott ist nur für die da, die schon genug haben, aber nicht für uns arme Proleten.“

(Fortsetzung folgt.)

Kampfentschlossenheit der Arbeiter.

Bei der BVG.

Wir haben über den Streik bei der „Krafttag“ ausführlich berichtet. Die Kampf Stimmung bei den streikenden Kollegen dort wird nicht wenig gestärkt werden durch die Meldung über das kampftschlossene Verhalten der Arbeiterschaft bei der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG), die am Montag mehrere überfüllte Belegschaftsversammlungen veranstaltete, in der sie mit großer Mehrheit eine Entschließung annahm, der wir folgendes entnehmen:

1. Keinen Pfennig Lohnabbau, keinerlei Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen der BVG-Arbeiterschaft. Jeder direkte oder indirekte Lohnabbauversuch wird mit Streik beantwortet.

2. Kampf gegen das Hoffmann-System, das die Ausbeutung der Werkstättenarbeiter ungeheuer steigert.

Daher beschließt die Vollversammlung, am Sonnabend, dem 29. Oktober 1932, eine Delegierten-Konferenz mit gewählten Vertretern sämtlicher Dienststellen durchzuführen, und dazu sofort auf allen Dienststellen Versammlungen abzuhalten, um die Kollegen gegen jeden Pfennig Lohnabbau zu mobilisieren, Delegierte zu wählen und den Kampf vorzubereiten durch: Wahl eines Kampfausschusses auf jeder Dienststelle aus den besten, kampfgewillten Kollegen, gleich welcher gewerkschaftlichen und politischen Richtung sie angehören.

BVG-Kollegen! Nur

die kämpfende Einheitsfront

aller BVG-Arbeiter kann die Pläne der Direktion und ihrer Helfershelfer zunichte machen.

Die „Rote Fahne“ benutzt natürlich den Anlaß zu einer wüsten Agitation gegen die Gewerkschaften und ihre Führer. Wir haben oft betont und brauchen es hier nur kurz anzudeuten, daß auch uns die Aktivität, insbesondere der Gewerkschaftsführung, durchaus zu wünschen übrig läßt, daß es also nur in Ordnung ist, wenn die Gewerkschaftskollegen hier auf ihre Führer einen Druck ausüben in der Richtung auf einen entschlossenen Widerstand gegen das immer frecher werdende Unternehmertum. Dieser Widerstand ist um so notwendiger, als erfahrungsgemäß höfliche Bitten und selbst dringende Vorstellungen bei dem kapitalistischen Unternehmertum der heutigen Gesellschaft nicht viel auszurichten pflegen. Auch bei der Behandlung des Konflikts in der BVG scheinen uns die Gewerkschaften nicht vorbildlich ins Zeug zu gehen. Es zeigt sich aber gerade hier, wie gut es wäre, wenn die Kollegen, die aktiver und angriffsfreudiger sind als die Führung der betreffenden freien Gewerkschaft, nicht außerhalb, sondern innerhalb der Gewerkschaft saßen. Es würde dann zwar auch scharf gefordert werden müssen, daß die Gewerkschaftsführer den Streik nicht hintertreiben sollten, aber es würde nicht in so hämischer und niederreißender Art von den Gewerkschaften und also von den organisierten Kampfgenossen gesprochen werden.

Die Kampfesweise der „Roten Fahne“ und der RGO, deren Sonderarbeit wir nach wie vor für falsch halten, ist natürlich keinerlei Entschuldigung für die Lahmheit, mit der die Gewerkschaften und die mit ihnen in der Hauptsache verbündete sozialdemokratische Presse auf die Kampf Stimmung der Arbeiterschaft reagiert. Der „Vorwärts“ bringt über die Beschlüsse der BVG-Belegschaft kein Sterbenswort, und über den wirklich kraftvollen, spontanen Streik bei der „Krafttag“ bringt er einen kleinen, hiederlichen und hämischen Bericht, der der Bedeutung dieses Streiks natürlich in keiner Hinsicht auch nur einigermaßen gerecht wird.

Wir können auch bei dieser Gelegenheit nur wieder unterstreichen, was sich als Charakteristikum des gegenwärtigen Zustandes der beiden großen politischen Arbeiterparteien herausstellt: Jede von ihnen dient in der Hauptsache ihrem eigenen Parteizweck. Wenn dabei manchmal für die Arbeiterschaft doch noch etwas Gutes herauskommt, so ist das lediglich ein Zufall.

Eine klassenmäßige Arbeiterpolitik treiben diese Parteien heute beide nicht.

Erfolgreicher Abwehrkampf des DMV.

Die Organisationsleitung des DMV des Bezirks Brandenburg hat sich energisch gegen neue Lohnkürzungen auf Grund der Notverordnung vom 5. September gewandt und diese mit Ausnahme eines Falles bisher abwehren können. Die Bezirksleitung hat ihren Abwehrstandpunkt auch beibehalten, als der Verband Brandenburgischer Metallindustrieller androhte, die Organisation bei weiterem Kampf gegen den Lohnabbau schadenersatzpflichtig zu machen. Die Bezirksleitung des DMV verweist dabei darauf, daß die Gewerkschaften der Ansicht sind, daß die Lohndruck-Notverordnung gegen die Tarifvertragsordnung verstößt. — Die Firma Brennabor A.-G. in Brandenburg verfügte nach der Notverordnung vom 5. September eine Lohnkürzung von 50 Prozent für die 31. bis 40. Wochenstunde. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Schlichter wurde vereinbart, bis zur Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts die alten Lohnsätze beizubehalten.

Neue Lohnkämpfe.

Bei der Firma Gummi-Müller in Weißensee streikt seit vergangener Freitag die Stöpperei-Abteilung zur Abwehr eines Lohnabbaus; den Kollegen dieser Abteilung haben sich jetzt auch die anderen Abteilungen angeschlossen, sodaß der ganze Betrieb still liegt.

Streik bei Leonhard Tietz in Köln. Bei der Leonhard Tietz A.-G. in Köln ist am Montagabend ein „wilder Streik“ ausgebrochen. Der Streik richtet sich gegen die beschlossene Lohnkürzung von 3 bis 5 Prozent und umfaßt bis jetzt etwa 300 bis 500 Arbeiter und Angestellte der 4000 im Konzern Beschäftigten.

Auch bei Goerz in Berlin wird gestreikt. Wegen Lohn-differenzen ist die etwa 450 Mann starke Belegschaft in den Ausstand getreten. Das Goerz-Werk gehört zu dem Zeiss-Ikon-Konzern. Ueber den Streik bei Zeiss-Ikon berichteten wir bereits.

Eine Betriebsversammlung der Metallfirma Torrey in Berlin beschloß, in den Streik zu treten, falls der von der Betriebsleitung angekündigte Lohnabbau um 7 Prozent nicht zurückgenommen würde.

Sonstige Nachrichten vom Arbeitskampf.

Schiedsspruch gegen Arbeiter. Der Streik in den Grohner Wandplattenfabriken in Bremen ist beendet worden. Durch Schiedsspruch wurde die Lohnkürzung um 3 1/2 Prozent anerkannt.

Gehaltsregelung für die Angestellten in der bayerischen Papierindustrie. Die Geltungsdauer des bisherigen Abkommens wird auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Vertragspartnern bis 30. November verlängert. Ab 1. Dezember tritt eine Lohnkürzung von 5 Prozent in Kraft.

Kein Gehaltsabbau für Lehrlinge und Jugendliche im Berliner Einzelhandel. Nach dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vom 7. Oktober dürfen bei den jetzt beschäftigten Lehrlingen und jugendlichen Angestellten die Gehälter nicht gekürzt werden! Versuche der Arbeitgeber, trotzdem auch diese Gehälter zu senken, sind unzulässig.

Hunger, Unterdrückung — überall dasselbe!

Londoner Rathaus im Belagerungszustand.

Ein Londoner Arbeitslosenausschuß verlangt vom Londoner Stadtrat, daß Vorbereitungen für die Unterbringung von mehr als 3000 Arbeitslosen getroffen würden, die am Mittwoch und zum Teil am Donnerstag aus Nordengland und Schottland in London eintreffen werden. Sie wollen im Hyde-park Kundgebungen veranstalten, und am kommenden Dienstag dem Unterhaus eine Bittschrift über die Bedürfnisse der Arbeitslosen überreichen.

Als die Frage dieses Hungermarsches im Unterhaus zur Sprache kam, erklärte der Gesundheitsminister, er wisse wohl, daß es sich um eine von Kommunisten angestiftete Angelegenheit handle; er werde jedoch die Behörden ermahnen, nicht so scharf gegen die Demonstranten vorzugehen.

Was die Polizei von solchen demonstrierenden Arbeitslosen erwartet, gegen die sie in jüngster Zeit häufig vorgegangen ist, zeigt am besten die Tatsache, daß das Londoner Rathaus zum Empfang des Arbeitslosenausschusses, der die Demonstration ankündigte, geradezu

in den Belagerungszustand versetzt

worden ist. Die Polizei fürchtete, daß es im Zusammenhang mit diesem Besuch zu neuen Unruhen kommen würde; es waren darum insgesamt etwa 1000 Schutzleute zu Pferde, zu Fuß und in Kraftwagen aufgebots worden, die das Rathaus und die anliegenden Straßen besetzten.

Die Tore des Gebäudes waren fest verriegelt und von innen mit Stühlen und anderen Möbeln verbarrikadiert worden.

Schon diese Vorgeschichte zeigt, was die Demonstranten in London zu erwarten haben: Taube Ohren für ihre Forderungen, außerdem Gummiknüppel, die „schonend“ für die Wahrung von Ruhe und Ordnung sorgen werden.

Die deutschen Erwerbslosen werden sich gut in die Lage ihrer Klassengenossen jenseits des Kanals hinein-denken können, all das könnte ja ebenso gut aus Deutschland berichtet werden. Wann nur wird aus diesem Hineindenken das Gefühl der klassenmäßigen Verbundenheit erwachsen, die Einsicht, daß nur ein internationales Zusammenstehen der Ausgebeuteten solchen unwürdigen Zuständen ein Ende macht, wo man Menschen wie lästige Bettler abzuschütteln sucht, statt ihnen ihr Recht auf Arbeit und Brot zuzugestehen?

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationaler Verlagsgesellschaft (GmbH) Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 9979. Druck: A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Schiedsspruch für südbayerische Betonindustrie. Infolge eines verbindlichen Schiedsspruches wurden die tariflichen Spitzenlöhne in Ortsklasse I für Gelehrte auf 74 Pfennige, für Angelernte auf 67 Pfennige und für Ungelernte auf 64 Pfennige festgesetzt. Für die Betriebe, die von der Notverordnung Gebrauch machen wollen, gelten als Berechnungsgrundlage die Tariflöhne vom Mai 1932. Frühestens Kündigungstermin des Vertrags ist der 28. Februar 1933.

Streik bei der Papierfabrik Sacrau in Schlesien beendet. Die Arbeiter haben einer Lohnkürzung zugestimmt und die Arbeit wieder aufgenommen. Leider konnten wir nicht feststellen, ob die bestreikte Lohnkürzung voll durchgeführt wird oder ob die Arbeiter einen Teilerfolg errungen haben.

Der Streik in der Weserschiffahrt wurde ebenfalls beendet und der Verkehr wieder aufgenommen.

Hinrichtungen in Polen.

Das polnische Sondergericht in Rowno verurteilte vier Männer wegen Spionagetätigkeit zu Gunsten Sowjet-Rußlands zum Tode durch Erhängen. Da der Staatspräsident von seinem Gnadenrecht (natürlich!) keinen Gebrauch machte, wurde das Urteil vollstreckt.

Lohnsenkungen für die Lancashire Spinner. Wieder ein billiges Kompromiß.

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern der Lancashire Spinnereindustrie haben zu einer Einigung geführt: Die Löhne der Spinner werden um 7 1/2 Prozent gesenkt werden.

Das Abkommen ist noch in letzter Stunde geschlossen worden, damit die für Montag angesetzte Aussperrung von 160 000 bis 200 000 Spinnern vermieden wurde. Um dem Kampf zu entgehen, haben sich die Vertreter der Arbeiter in diesem Abkommen bereit erklärt, eine fast doppelt so große Lohnsenkung anzunehmen, als sie bisher zugestanden hatten. Die Unternehmer sind von ihrer Forderung nur um 0,8 Prozent heruntergegangen!

Die Vertreter der Arbeiter haben diese Zugeständnisse gemacht, obwohl sie die Ergebnisse der vor einigen Wochen unter den Spinnern veranstalteten Urabstimmung in der Tasche hatten, bei der sich rund 68 000 gegen 5000 Arbeiter für den Streik gegen Lohnsenkungen aussprachen. Allerdings war die Frage bei der Urabstimmung: „Soll gegen die von den Unternehmern geforderte Lohnsenkung gestreikt werden?“, und darum waren die Gewerkschaftsführer nicht an das Ergebnis der Abstimmung gebunden, da die damals von den Unternehmern geforderte Lohnsenkung nicht ganz aufrechterhalten worden ist!

Ausschalten, und zwar abbestellen!

Die Rundfunkhörer sind es selber schuld, die sich am Sonnabend unter der Ankündigung „Ketzereien am Wochenende“ im Berliner Rundfunk eine antisemitische Rede bieten ließen, deren Redner von der Funkstunde geheimgehalten wurde. Es soll sich um Herrn Köhn (bitte vorsichtig mit Antisemitismus!) handeln, den Berliner Leiter des Nazi-Witzblattes „Brennessel“. So gewaltig, heißt es in einem Bericht, sei die Empörung der Hörer gewesen, daß das Telephonamt Westend die gewünschten Verbindungen zur Funkstunde nicht alle herstellen konnte.

Wenn die Empörung doch erst so gewaltig wäre, daß die Beschäftigung der Rundfunkleitung mit den ihr geliebten Abonnenten auf ein Minimum sinke, soweit nämlich, daß im Rundfunk sich nur noch die Verrückten am Mikrophon mit den Verrückten am Empfangsapparat ein Rendezvous geben.

Ersklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge
Mäntel
Damen-Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG

Johannisbergstr.

10, III

Stoffmuster

vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 37/38
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig d. Inserates 5% Rabatt!

Antertigung eleganter

Damengarderobe

und

Reformkleidung

J. Fürchtenicht

Böttingen, Nikolausberger Weg 67.

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wirbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorzugt bei Etablieren

unsere Inseraten!

Werbe Prospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdruckerei und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer FI Moritzplatz 5471



Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords

günstige Posten Macrotuch

kauft man gut und billig bei

Kurt Levy,

Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Maßarbeit ersklassig und billig

Herren-Anzüge / Mäntel / Damen-Kostüme

Aufbügeln und Reparaturen.

ALFRED ARENSBERG

Berlin - Reinickendorf - Ost

Hinter der Dorf-Aue 14

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987

23.-27. Oktober: Nic. Ekk:

Der Weg ins Leben.

Der berühmte Russenfilm

mit Nicolai Bataloff.

Dazu das gute Belprogramm.

Fox tönende Wochenschau.

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Für den Befreiungskampf des Proletariats

ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennen lernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK. seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto: Berlin 31342.

Husarenritt gegen das Volk.

Papen hat vor den Obermeistern

des Berliner und märkischen Handwerks am Montag eine Rede gehalten, der wir folgende Stellen entnehmen:

Die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung haben sich, das darf ich wohl erneut feststellen, bisher als richtig erwiesen. Auch die Kritik, die der Wirtschaftspan auf der Tagung der Zentrumsparlei in Münster erfahren hat, bedeutet im Kern nur eine Zustimmung zu den Grundideen unseres Programmes. Wenn man dann allerdings als „Kardinalfehler“ dieses Programmes eine angeblich einseitige Hilfe an die Unternehmer feststellen zu können glaubt, so geht dieser Vorwurf völlig fehl, denn unsere Maßnahmen gelten der wirtschaftlichen Rettung des gesamten deutschen Volkes.

Wir wissen, daß unser Plan gewisse Risiken in sich trägt, aber wer nicht wagt, gewinnt auch nicht. Ich begrüße es deshalb, wenn

auf der Tagung des ADGB Herr Abg. Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte,

dem wirtschaftlichen Teile des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.

Meine Herren, ich habe schon öfter betont, daß das schwere Werk, die deutsche Wirtschaft wieder zu neuem Aufstiege zu führen, vom Vertrauen breiterer Volksschichten getragen sein muß. Alle Vernunftgründe sprechen heute dafür, daß dieses Vertrauen in eine günstigere wirtschaftliche Fortentwicklung wieder gerechtfertigt ist. In den letzten Wochen hat die Besserung der Weltwirtschaftslage angehalten.

Nur aus innerster Überzeugung, nur aus dem Glauben heraus läßt sich die Aufgabe lösen, ein Volk zu führen. Es ist ein beliebtes Schlagwort im Wahlkampf geworden, die Regierung wolle die Rechte des Volkes antasten. Wir denken nicht daran, das zu tun! Ist das etwa das höchste Volksrecht, daß die Parteibürokraten nach Belieben Minister wählen und stürzen, Koalitionen eingehen und lösen können? Man hat so lange geglaubt, hierin den wahren Inhalt der Verfassung sehen zu müssen, bis schließlich von der ganzen Gesetzgebungs- und Regierungsmaschine nichts mehr übrig geblieben ist als die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten nach Artikel 48!

Die programmatischen Ausführungen des Führers der Zentrumsparlei in Münster, die mir für eine große und — wie sie selbst immer betont — staatsverhaltende Partei ein allzu reichliches Maß von Verneinung enthielten.

Wir, meine Herren, sehen unsere Aufgabe darin, unsere sozialen und politischen Einrichtungen wieder so aufzubauen und zu befestigen, daß eine neue unerschütterliche Grundlage für die Rechte des Volkes gelegt wird.

Das Geschick von der bevorstehenden Restauration der Monarchie in Deutschland: Wir haben eine solche Fülle von Problemen zu lösen, daß wir froh sind, uns nicht auch noch um Fragen der Staatsform sorgen zu müssen. Diese Frage steht nicht zur Debatte.

Der Weg, den wir in diesen letzten fünf Monaten gegangen sind: Er zeigt, daß wir keiner der Aufgaben, deren Lösung von der deutschen Staatsführung zum Teil schon seit Jahren verlangt wird, ausgewichen sind. Der lange Leidensweg der Reparationen ist abgeschlossen. In Genf hat die Reichsregierung Deutschlands unverzichtbaren Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit vor aller Welt angemeldet. Im Innern hat die Regierung die Sonderbestimmungen aufgehoben, die gegen einzelne politische Bewegungen galten, und hat damit

die Gerechtigkeit und die gleichmäßige Behandlung jedes Staatsbürgers wiederhergestellt.

... und sie ist dabei, dieses Werk durch den Entwurf einer neuen Verfassung zu krönen. Meine Herren, dieser kurze Rückblick sollte Ihnen zeigen, daß die Reichsregierung die ersten fünf Monate ihres Bestandes hindurch zielbewußt gehandelt und die großen Aufgaben in Angriff genommen hat, von deren Erfüllung das Wohl Deutschlands abhängt.

Hk. Hier spricht offenbar einer, dem mit dem Anwachen der Schwierigkeiten, in die er sich hineinmanövriert, mit dem Entschwinden jeder Sympathiebasis in den Volksmassen auch die Selbstkritik in erschreckendem Maße entschwindet; anscheinend ein Verblender, der sich in einen Glauben an eine Sendung von Gottes Gnaden hineinsteigert. Die Hilflosigkeit dieses Appells an das Volk, das von Papen nichts wissen will, erinnert an einen ähnlich hilflosen Appell Wilhelms II., den er gegen Ende des Krieges, als auch ihm der letzte Rest an Sympathie bei den Volksmassen abhanden gekommen war, vor Kruppischen Arbeitern hielt.

Im Kleinkrieg mit der Polizei.

Ganz beugen läßt sich dieser Genosse nicht, obwohl die lange Arbeitslosigkeit und ein schweres persönliches Schicksal — seine Frau ist im Irrenhaus — auf ihm lasten. Die Versammlung, in der ich sprechen sollte, ist verboten, weil das „sittliche Empfinden der Neußer Bevölkerung“ sonst „verletzt“ werden würde. Er läuft nun von einer Behörde zur anderen, läßt sich nicht einschüchtern — allerdings umsonst. Die Polizei führt die Wünsche der Priester aus. Aber als der Polizei-Chief zu allem Überdruß ihm die Bemerkung macht: „Na, und überhaupt, in Ihre Versammlung kommen ja doch nur Menschen, die dort ihre sexuelle Lust befriedigen wollen“, da verbittet er sich furchtlos die Beleidigung und sagt: „Das könnte höchstens auf Sie zutreffen, Herr Polizeidirektor!“

Die gleiche Polizei, war es übrigens auch, von der wir kürzlich berichteten, daß sie eine Nachtvorstellung nicht erlaubte, weil das so ähnlich klingt wie „Nachtvorstellung“.

Frauen in Not.

Sie ist empörend, diese Äußerung des Polizeibeamten. Ach nein, in den Versammlungen der Liga sitzen keine lusternen Bürger; da sind Arbeiter und Arbeiterfrauen. Viele von ihnen haben vier, fünf, ja mehr Kinder. Viele Frauen sind

Wir glauben, daß Papen auf dieser Bahn so wenig sein Glück machen wird wie Wilhelm II.

Um so furchtbarer ist es, daß die Arbeiterschaft nicht bereit ist, den zu erwartenden Bankrott in ihre Verwaltung zu nehmen. Der Haß, der das Lager der Arbeiterschaft

Klappern gehört zum Handwerk.

Auch bei dieser Reichsregierung!

Am 7. Oktober hatte der Reichsernährungsminister von Braun in einer Rede in Breslau angekündigt, die Siedlerrenten sollten rückwirkend vom 1. Juli 1932 für die nächsten zwei Jahre von 5 auf 3½ Prozent herabgesetzt werden.

Am 24. Oktober läßt die Reichsregierung amtlich mitteilen, daß sie beschlossen hat, die Siedlerrenten auf die Dauer von 2 Jahren, beginnend am 1. Juli 1932, auf 3,5 Prozent zu senken.

Nach einiger Zeit werden Mitteilungen über den Inhalt der betreffenden Verordnung veröffentlicht werden.

So wird's gemacht! In der Öffentlichkeit erscheint auf diese Weise die Reichsregierung drei Mal als große Siedlerfreundin.

Rechtsschwenkung des Bayerischen Bauernbundes.

Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund hat eine Schwenkung zu Papen hin vollzogen. Sie kam zum Ausdruck in einer Rede, die der Bauernbund-Führer Minister a. D. Fehr am Sonntag auf dem Parteitag des Bundes in München gehalten hat. Fehr stimmte dem Wirtschaftsprogramm und der Außenpolitik Papens zu und forderte: 1. Abkehr vom Parlamentarismus und von der „Parteiherrschaft“; 2. Präsidialregierung auch für Bayern; 3. Federalismus; Stärkung der Länderrrechte; 4. Heraufsetzung des Wahlalters und Aufhebung des Frauenwahlrechts.

Der radikale Flügel des Bauernbundes, der früher unter Gandorfer eine bedeutende Rolle spielte, scheint einflußlos geworden zu sein. Auch die im Juli zu den Reichstagswahlen bemerkbare starke Annäherung des Bauernbundes an die Bayerische Volkspartei scheint wieder gelockert.

Was geht hier vor? Treibt das Sonderinteresse bayerischer Monarchisten? Oder gar das eines einzelnen Partei-

Das Urteil des Staatsgerichtshofes.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verkündete am Dienstag mittag um 12 Uhr die Entscheidung des Staatsgerichtshofes:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern vorübergehend die Amtsbefugnis zu entziehen und diese Befugnisse selber zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reiches zu übertragen.

Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Soweit den Anträgen hiernach nicht entsprochen wird, werden sie zurückgewiesen.“

krank durch die zahlreichen Entbindungen und Fehlgeburten. Sie haben angefangen, nachzudenken, ob das so sein muß; sie suchen Aufklärung, nicht nur über die Kinderfrage, auch über andere Fragen ihres Lebens. Und sie schicken auch ihre herangewachsenen Kinder in die Versammlungen; damit diese rechtzeitig als sie von den Zusammenhängen des geschlechtlichen Lebens erfahren.

Die Methode der Einschüchterung.

Es steht faul um eine Sache, die nur mit den Mitteln des Verbots und der Einschüchterung noch gehalten werden kann. Durch diese Methode ist heute die Reaktion überall gekennzeichnet:

In Mörs erzählt man mir, in den dortigen Kohlen-schächten arbeiten fast nur Stahlhelmer; viele Kommunisten sind in den „Stahlhelm“ eingetreten, damit sie Arbeit bekommen. Andere stellt der Unternehmer nicht ein.

Die Polizei droht an zwei Orten, sogar Mitgliederversammlungen zu verhindern, wozu sie keine gesetzliche Handhabe hat. Sie versucht es mit der Einschüchterung — wenn sie auch noch nicht wagt, ihre Drohung wahrzumachen.

Sie arbeitet sogar mit erfundenen Tatsachen, um ihren Drohungen Nachdruck zu verleihen: In Moors z. B. erklärt sie, alle Versammlungen der Liga im Wuppertal seien gleichfalls verboten! In Wahrheit waren dort alle erlaubt und fanden auch statt. In Elberfeld suchte mich vor der Versammlung ein Kriminalbeamter auf und überbrachte mir den ausdrücklichen Auftrag der Düsseldorf-Regierung, ich solle mich „im Rahmen der Gesetze“ bewegen, sonst würde die Versammlung aufliegen. Als ich erwiderte, diese Ermahnung sei überflüssig, das hätte ich ja bisher in allen Versammlungen getan, sagte er: „Aber Ihnen wurde doch in anderen Versammlungen das Wort entzogen!“ Daran war gleichfalls kein Wort wahr!

Überall also das Gleiche, ob Polizeidrohung, ob Druck des Unternehmers, ob Erpressung im Beichtstuhl! Für unsere Abwehr aber gilt: Einschüchtern lassen wir uns nicht! Es

zerreißt, zeigt sich ja in diesem Wahlkampf besonders deutlich.

Eine besonders krasse Unwahrheit Papens sei ausdrücklich zurückgewiesen: die Behauptung, die politische Gleichberechtigung der Staatsbürger sei durch ihn hergestellt worden. Das wagt der Mann zu erzählen, der zugestanden- und sichtbarmaßen die Kommunistische Partei unter Ausnahmerecht stellt, während das Treiben eines Bost durch nichts gestört wird.

führers? Oder handelt es sich um ein Vierhändigspielen mit der Bayerischen Volkspartei derart, daß der Bauernbund eine Plattform vorbereitet, auf die der bayerische Katholizismus treten kann, wenn es nötig sein sollte, sich mit mehr Präsidialgewalt und Monarchentum abzufinden?

Goebbels sprach (am Montag im Berliner Sportpalast):

„Eine politische Einigkeit ist immer nur auf einer gemeinsamen weltanschaulichen Grundlage möglich, und deren klaren Kurs zu bestimmen, kann nur die Sache des Stärksten sein.“ (Durch Diktat des Stärkeren gewinnt also offenbar der Schwächerer eine weltanschauliche Überzeugung; noch dazu eine von der Tragfähigkeit, daß sie eine einzige Politik ermöglicht!) „Wir sagen: Die Parteien müssen weg! Wir wollen als einzige deutsche Bewegung an ihre Stelle treten.“

Solchen Kohl hören sich noch immer Viele an!

Stadt Köln: 34 Millionen Mark Fehlbetrag.

Die Stadtverwaltung legt jetzt einen Bericht über die Entwicklung des Haushaltes der Stadt Köln für das Rechnungsjahr 1932 nach dem Stande vom 30. September 1932 vor. Danach wird sich bis zum Schluß des Rechnungsjahres der bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes am 27. Juni 1932 festgestellte Fehlbetrag von 25 Millionen Mark um 9 Millionen Mark auf 34 Millionen Mark erhöhen.

In der jetzt dargelegten Entwicklung des Haushaltsplanes sind die finanziellen Auswirkungen der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 14. Juni und 4. September 1932 sowie der preußischen Verordnung „zur Sicherung der Haushalte“ (!) vom 8. Juni 1932 bereits berücksichtigt. In einer besonderen Aufstellung erklärt die Verwaltung, daß diese Verordnung der Stadt Köln keine Entlastung, sondern eine Mehrbelastung von insgesamt 332 107 Mark gebracht hat.

Dem Reichskuratorium für Jugendertüchtigung gehören u. a. je ein Vertreter des „Stahlhelm“, der SA und der katholischen Verbände an, ferner der Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst Dr. Syrup!

Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Im wesentlichen zeigt sich als Endergebnis: Die faktische Niederlage der Republik am 20. Juli 1932 in Preußen ist bestätigt worden. Der Freistaat Preußen hat das Recht, seine Minister selber zu wählen, verloren. Zwar sind die preußischen Minister nur vorübergehend abgesetzt worden; Herr von Papen ist also wohl auch nur „vorübergehend“ Reichskommissar! Aber auch die Erörterung dessen, was unter „vorübergehend“ zu verstehen sei, wird wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen, und die Entscheidung darüber ist höchstwahrscheinlich „Ermessenssache“ des Herrn Reichspräsidenten — woraus denn schließlich folgt, daß nicht nur Preußen kein Freistaat mehr ist, sondern auch das Deutsche Reich diesen Titel zu führen in Zukunft nicht mehr das Recht hätte. Freilich: Nur vorübergehend! Doch da die verantwortlichen deutschen Staatsmänner alle gläubige Christen sind, gilt für sie vielleicht als Zeitmaß: Tausend Jahre sind vor Dir wie ein Tag! Und ein Tag ist sicher „vorübergehend“!

Nur einer ist bei diesen Erwartungen nicht gefragt und wohl auch nicht berücksichtigt worden: die Gruppe, auf deren Rücken die „Staatsmänner“ sich balgen: die Arbeiterschaft. Zum großen Teil ist das ihre eigene Schuld, was wir hier nicht näher zu beweisen brauchen.

Die Reichsregierung läßt mitteilen, daß sie mit dem Urteil einverstanden ist und daß ihre bisherigen Maßnahmen außerrechtlich bleiben.

hat keinen Zweck, wie manche vorsichtigen Kompromißler uns empfehlen, in dieser Hochflut der Reaktion ein wenig stille zu sein, nicht so viel Aufhebens zu machen, nur im Verborgenen zu arbeiten, und auf die berühmten „besseren Zeiten“ zu warten. Nein! Je mehr wir uns gefallen lassen, um so mehr wagt der Gegner sich vor. Allerdings heißt es, besonders geschickt und überlegt heute zu arbeiten, um nicht unnötige Angriffspunkte zu geben. Trotzdem aber: „Vorwärts heißt die große Lösung!“

Für diejenigen, die mithelfen wollen auf dem Gebiete des Schutzes für Mutter und Kind, empfehle ich den Anschluß an die Liga für Mutterschutz (Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Straße 7).

Christliche Nächstenliebe.

Der Mensch gewöhnt sich!

DFV. Das evangelische Gemeindeblatt in Feuerbach bei Stuttgart bringt in seiner Augustnummer einen Aufsatz über „Die Lage der jüngeren Erwerbslosen“. Darin heißt es:

„Es ist m. E. falsch, schlechthin zu behaupten, der Erwerblose warte nur auf Arbeit. Woithin wartet er nicht. ... Der Arbeitswille des Erwerblosen wird in dem Maß zunehmen, als der Existenzkampf zur Arbeit zwingt. Unter diesem Gesichtspunkt liegt im gegenwärtigen Unterstützungssystem ein bedenklicher Fehler, ganz besonders für die jüngeren Menschen. So bescheiden die Unterstützung sein mag, der Mensch gewöhnt sich auch an erbärmliche Verhältnisse.“

Es wäre gut, den Verfasser dieses Artikels in eine Lage zu bringen, daß ihn „der Existenzkampf zur Arbeit zwingt“. Dann würde ihm Zeit und Lust zu derartigen zynischen Äußerungen vergehen und es würde ihm vielleicht dämmern, daß es andere Gründe sind als die Höhe der Unterstützungssätze, weshalb manchem Erwerblosen im heutigen Staat die Lust vergeht, auf Arbeit zu warten.

Zwei Subventionsverordnungen.

Die neue Agrarsubventionswelle und ihre Tarnung.

Es kam ganz wie wir vermuteten: Zuerst zur Tarnung eine „breite und wohltuende Agitationswelle“ gegen die Mißwirtschaft Kleppers — so schrieben wir bereits am 2. Oktober —, unmittelbar danach die neue Subventionswelle.

Die Herren im Osten wollten nicht mehr lange auf die versprochenen Millionen warten. Also wurde der Klepper-Untersuchungsausschuß des preußischen Landtages entgegen der vorher geäußerten Absicht noch vor den Reichstagswahlen in Aktion gesetzt. Dafür sprach ja auch sonst manches. War doch zu hoffen, daß dabei allerhand Wahlmaterial abfallen würde, — namentlich bei rechtzeitigem, das heißt die Verteidigung Kleppers abschneidender Vertrag!

Das Zusammenspiel auf der Rechten klappte in diesem Fall ausgezeichnet. So konnte die „Berliner Börsen-Zeitung“ ihren umfangreichen Bericht über die zwei Notverordnungen vom 22. Oktober, die man besser Subventionsverordnungen nennt, überschreiben: „Liquidation der Hierarchie Kleppers.“ Unter dieser Ueberschrift wird fabuliert, Klepper habe eine agrarpolitische Hierarchie (Beamtenpyramide) geschaffen, „deren Wirtschaftsreligion nur in der Proletarisierung und Vernichtung des landwirtschaftlichen Berufsstandes gipfeln konnte“. Höhnisch wird geschrieben, es werde „in diesen zermürbenden Zeiten, die den deutschen Bauern trotz mühseligsten und emsigsten Schaffens von früh bis spät an den Rand der Verzweiflung gebracht haben“, für diesen „sicher ein beruhigendes Gefühl sein“, daß er vielleicht von Haus und Hof vertrieben wurde, damit zum Beispiel Herr Raffael Bernfeld (vom „Magazin der Wirtschaft“) in den Besitz von finanziellen Mitteln gelangte.

Allen, die Bescheid wissen, ist klar, daß jene 340 Millionen Mark, die durch Notverordnungen „zur Sanierung der Genossenschaften“ und „Beschleunigung der Osthilfe“ bereit gestellt werden, in erster Linie zur Sanierung von Großagariern dienen sollen, und soweit das nicht unmittelbar der Fall ist: zur Linderung der Wunden, die die großagrarisches Politik den Bauern geschlagen hat. Die „Berliner Börsen-Zeitung“ aber behauptet ungehört: „Die Rechnung für die Schäden, welche dieses (Kleppersche) Regim hinterlassen hat, wird Deutschland heute präsentiert; daß sie so hoch ausgefallen ist, nimmt uns, die wir die Hierarchie Klepper vom Tage ihrer Berufung an bekämpft haben, nicht wunder.“

Wir können mit fast denselben Worten antworten: Eine Teil-Rechnung für die Schäden, die das Regime der Junker anrichtet, wird Deutschland heute präsentiert; daß sie so hoch ausgefallen ist, nimmt uns, die wir die Herrschaft der Junker vom Tage ihrer Berufung an bekämpft haben, nicht wunder.

Die Rechnung sieht ungefähr so aus, wie bereits im voraus bekannt war: Der „Abschreibungsbedarf“ der Genossenschaften im Ostpreußen beträgt 167 Millionen Mark. Das Reich kauft diesen Genossenschaften 200 Millionen Mark faule Forderungen, in denen jene 167 Millionen Mark überfaule Forderungen enthalten sind, für 140 Millionen Mark ab. Das Verfahren dabei ist offensichtlich, wohl absichtlich: Die Bank für Deutsche Industrie-Obligationen zahlt als Beauftragter des Reiches 50 Millionen aus Osthilfe-Entschuldungsmitteln in Entschuldungsbriefen; das Reich zahlt 90 Millionen Mark in Schatzanweisungen. Die „Landstellen“ (so heißen die unteren Verwaltungsorgane der Osthilfe) erhalten das Recht, die auf das Reich übergegangenen früheren genossenschaftlichen Forderungen gegenüber den Schuldorn bis auf 25 Prozent herabzusetzen. Die werden davon sicher ausgiebig Gebrauch machen! Das Reich schenkt also sofort rund 75 Prozent jener 200 Millionen Mark; wann es den Rest verliert, — dafür steht wohl lediglich der Zeitpunkt noch nicht ganz fest.

Das Reich und Preußen betätigen sich nach der amtlichen Darstellung mit 200 Millionen Mark an der „Verlustbereini-

gung und Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens“. Dieser Betrag ist für das gesamte Reichsgebiet bestimmt (auf das Osthilfegebiet entfallen offenbar zunächst nur jene 150 Millionen Mark). Auf die Reichskassen entfallen nach der amtlichen Darstellung rund 127 Millionen Mark, die in den Reichshaushaltsplänen der Jahre 1936/38 bereitgestellt und für die zunächst Schatzanweisungen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse (kurz Preußenkasse genannt) wird „im Einvernehmen mit der preußischen Regierung“ — der Reichskommissar von Papen stimmte also dem Reichskanzler von Papen zu — umgetauft in: Deutsche Zentralgenossenschaftskasse. Sie wird umorganisiert und der Aufsicht des Reiches unterstellt.

Gleichzeitig wird durch eine Notverordnung „zur Beschleunigung der Osthilfe-Durchführung“ die Summe der baren Entschuldungsmittel stark erhöht. Bisher sollten von 600 Millionen Mark für die Entschuldung vorgesehenen Mitteln nur 100 Millionen Mark bar ausgezahlt werden. Der Anteil der Barauszahlung wird um 140 Millionen Mark erhöht. — Beschleunigung der Durchführung? Eilt es den Herren im Osten der Elbe? Sind sie am Ende nicht ganz so sicher wie Herr von Papen, wer nach den Reichstagswahlen regiert? Und meinen sie, dann etwa nicht genug zu bekommen?

Wer weiß nicht, warum in erster Linie die Junker sich im Juli persönlich in die Ministerien bemühten? Rpt.

DEUTSCHLAND

Wohin mit dem schwedischen Eisenerz? Die Rheinisch-westfälischen Hüttenwerke haben bekanntlich zur Zeit der Hochkonjunktur einen langfristigen Lieferungsvertrag mit schwedischen Erzgruben abgeschlossen, zu Hochkonjunkturpreisen! Durch den Sturz der Schwedekrone wurde der Verlust am Preis für die deutschen Unternehmer — wahrlich ohne ihr Verdienst! — ermäßigt. Wohin aber mit dem vielen Eisenerz? Auch die vertraglich vereinbarte Menge war für Hochkonjunkturzeiten berechnet! Verhandlungen in Stockholm sind ergebnislos verlaufen. Die Bitten der deutschen Werke, eine mehrmonatige Pause in den Erzbezügen eintreten zu lassen, fanden keine Erhöhung. — Es ist höchst zweckmäßig, deutsche Unternehmer daran zu erinnern, daß Verträge dazu da sind, gehalten zu werden.

Steigende Walzwerksproduktion im September: Die Leistung der deutschen Walzwerke betrug im September 291 000 Tonnen gegenüber 269 000 Tonnen im August und gegenüber 412 000 Tonnen im September vorigen Jahres. Die durchschnittliche arbeitstäglige Produktion lag im September um 12 Prozent höher als im August dieses Jahres.

Volksbund zum Schutz ersparten Vermögens gegen Angriffe auf Vertragsrecht und Wahrung. Mit diesem Namen ist eine neue Organisation gegründet worden, um den Kräften entgegenzuwirken, die bemüht sind, „die Sanierung notleidender Teile der deutschen Wirtschaft durch schematische und generelle Maßnahmen einseitig auf Kosten der Besitzer des mühsam erarbeiteten deutschen Sparvermögens herbeizuführen“. — Der Bund will Vertrauen schaffen und fördern, — wohl Vertrauen in den Kapitalismus!

SOWJET-UNION

Einfuhrüberschuß während der ersten acht Monate 1932: 148 Millionen Rubel. Die Einfuhr betrug 507, die Ausfuhr 359 Millionen Rubel.

Einfuhrüberschuß aus Deutschland während der ersten acht Monate 1932: 168 Millionen Rubel, bei einer Einfuhr aus Deutschland von 234, einer Ausfuhr nach Deutschland von 66 Millionen Rubeln.

Ausfuhrüberschuß gegenüber Großbritannien einschließlich Dominon und Indien: Die Sowjet-Union hat aus diesen Gebieten für 59 Millionen Rubel Waren eingeführt, nach ihnen für 87 Millionen Rubel Waren ausgeführt.

Häusern, deren Eigentümer Gutsbesitzer sind. Die betreffenden Eigentümer sind in das landwirtschaftliche Sicherungsverfahren gegangen und haben es abgelehnt, die Rechnungen der Handwerker, die für ihren städtischen Hausbesitz Arbeiten ausgeführt haben, zu bezahlen. Durch das Sicherungsverfahren wird das gesamte Vermögen des Betriebsinhabers erfaßt; es erstreckt sich also auch auf den Berliner Hausbesitz eines Gutsbesitzers beziehungsweise Gutsbesitzers. Es empfiehlt sich deshalb, vor Übernahme eines Instandsetzungsauftrages Ermittlungen anzustellen, dahingehend, ob etwa der Hausbesitzer gleichzeitig Gutsbesitzer oder Gutsbesitzer ist.

Und nicht nur Handwerker können schwer geschädigt werden, sondern auch der städtische Hausbesitz.

Der „Deutsche“ berichtete am 29. September:

Ist das „Osthilfe“?

„Ein Berliner Professor der Medizin besitzt irgendwo östlich der Elbe ein sogenanntes Frühstück-Gut (Landgut nach vornehmer Leute Art). In Berlin betreibt er seine gute Praxis und einige Polikliniken. Das Landgut ist ein kostspieliger Luxusartikel und verschlingt ebenso viel Geld wie die sonstigen Passionen seines Besitzers. Unter vielen anderen Schulden finden sich auch einige tausend Mark Mietschulden für seine Polikliniken. Rettung bringt die Osthilfe. Der Herr Professor geht mit seinem Luxusgut in das Sicherungsverfahren. Er bekommt einen in Berlin wohnenden Diplomaltdwirt als Treuhänder gestellt. Die Unkosten des Treuhänders gehen bekanntlich allen anderen Zahlungen voran. — Und nun die Wirkung:

Weil der Herr Professor mit seiner Luxuskutsche ins Sicherungsverfahren ging, sind die Mietschulden für die Berliner Polikliniken nicht eintreibbar. Die Hauswirte dürfen den Herrn Professor weder in den Berliner Kliniken noch in seiner Berliner Luxuswohnung pfänden lassen. Schließlich teilt der Treuhänder den Mietgläubigern mit, daß bei Durchführung des Entschuldungsverfahrens irgend welche Abzahlung rückständiger Mieten nicht gezahlt werden könne. Im Sanierungsplan der Landstelle dürfte ihre Forderung entsprechende Berücksichtigung finden. Unterdessen macht der Herr Professor weiter Schulden.“

(Nach der „Bodenreform“ Nr. 43, vom 23. Oktober 1932.)

Kunstseide im Vormarsch.

1891 wurde in Frankreich die erste Kunstseidenfabrik errichtet. 1899 entstanden in Deutschland die Glanzstoff-Werke; in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts wurden die Bemberg-Werke gegründet.

Die Produktion von Kunstseide lag 1931/32 um 1300 Prozent über der Kunstseidenerzeugung von 1913. In der gleichen Zeit ist die Produktion der Naturseide um 100 Prozent, die von Baumwolle und Wolle um 25 Prozent gestiegen. — Der Anteil Deutschlands an der Kunstseidenerzeugung ist gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich zurückgegangen. 1913 wurde in Deutschland ein Drittel der gesamten Kunstseidenerzeugung erzeugt; heute macht der deutsche Anteil nur noch etwa 17 Prozent aus; Deutschland steht damit aber immer noch an erster Stelle unter den Kunstseide-Produzenten.

Der Verbrauch an Kunstseide ist in Deutschland gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gestiegen. Im Jahre 1913 kamen auf den Kopf der Bevölkerung nur 60 Gramm Kunstseide, 1926 waren es bereits 400 Gramm, 1931 sogar 600 Gramm.

Die Kohlenwirtschaft im Jahre 1931.

Nach dem für 1931 vorliegenden Jahresbericht der A. G. Reichskohlenverband ging die Weltkohlenförderung in den Krisen Jahren folgendermaßen zurück:

	Steinkohlen	Braunkohlen
1929	100 %	100 %
1930	92 %	85 %
1931	80 %	78 %

Die Weltkohlenförderung ist 1931 mit 1235 Millionen Tonnen fast auf den Stand von 1914 gesunken. — Am stärksten war der Rückgang in den Vereinigten Staaten; 1931 wurden dort 28 Prozent weniger Steinkohlen gefördert und 32 Prozent weniger Braunkohlen als 1929.

OESTERREICH

Beschränkung der Devisenzuteilungen: Die Nationalbank gibt bekannt, daß sie für Textilrohstoffe, Viehfuttermittel und Sämereien künftig keine Devisen mehr zuteilen wird. Die Devisenzuteilungen werden sich künftig im wesentlichen auf den Bedarf der Bundesbahnen, der Tabakregie und anderer Staatsbetriebe beschränken. Erhoffter Erfolg: Freimachung größerer Beträge für den Tilgungs- und Zinsendienst der Anleihen. — Ein Verzweiflungsakt?

USA

Erhöhung der Hochschutzzölle? Hoover erklärte in einer Wahrede in Charleston (Westvirginia), die amerikanischen Schutzzölle müßten nachgeprüft werden; falls infolge der Entwertung ausländischer Währung der bisherige Schutz nicht genüge, müsse eine Erhöhung der Schutzzölle in Aussicht genommen werden.

MANDSCHUREI

Ausfuhrückgang: Das Hauptprodukt der mandschurischen Landwirtschaft sind Sojabohnen. Von der Sojabohnenernte werden gewöhnlich 75 Prozent ausgeführt. Die Ausfuhr geht seit einigen Jahren ständig zurück. 1929 wurden noch 2,6 Millionen Tonnen Sojabohnen ausgeführt, 1931 nur 1,5 Millionen Tonnen.

Preissturz: 1928 betrug der Preis der Tonne Sojabohnen noch etwas über 12 Pfund Sterling, 1929 nur 10 1/2 Pfund Sterling, im Juli 1931 nur 5 1/2 Pfund Sterling. Das Pud (16 Kilb) Schafwolle wurde vor einigen Jahren noch für 10 Silberdollar verkauft; in der ersten Septemberhälfte betrug der Preis 2,70 Silberdollar.

Uberschwemmungen haben die Not der landwirtschaftlichen Bevölkerung vergrößert. Das Wasser überflutete eine Fläche von 10 Millionen Hektar (fast so groß wie Bayern — ohne Pfalz — Württemberg und Baden zusammengenommen).

Der Zinssatz, den die „Dorfwucherer“ nehmen, stieg infolge all dieser Umstände außerordentlich. Früher galt in der Mandschurei ein monatlicher Zinssatz von 7 bis 8 Prozent als normal. Er stieg jetzt auf 20 Prozent.

Osthilfe = Konjunkturmord.

Aus der Niederschrift über die Vorstandssitzung der Handwerkskammer zu Berlin vom 26. August 1932:

Schwere Schädigungen des Handwerks durch die Osthilfeverordnung.

„Bei der Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahren ist in manchen Fällen von den Gläubigern der Landwirte der Verzicht auf erhebliche Teile ihrer Forderungen verlangt worden. Der Kammer ist unter anderem bekannt geworden, daß ein Maurermeister, der Tagelohnarbeiten für eine Gutsverwaltung ausgeführt hatte, von dem Treuhänder aufgefordert wurde, auf 70 Prozent des Betrages seiner Rechnungen zu verzichten. Weil die Handwerker auf dem Lande häufig mit Landwirten vorwiegend in Geschäftsverbindungen stehen, können sie durch die Auswirkungen der Osthilfe-Verordnung wirtschaftlich völlig vernichtet werden, wenn sie mehrere Verzichte der vorbezeichneten Art erdulden müssen.“

Auch für das städtische Handwerk sind durch die Osthilfe große Gefahren entstanden. Es gibt Gutsbesitzer oder -pächter, die zum Beispiel in Berlin einen umfangreichen Hausbesitz haben. Treten diese Landwirte in das Sicherungsverfahren in das Entschuldungsverfahren ein, so wird von dem Verfahren ihr gesamtes Vermögen, also auch ihr städtischer Hausbesitz, erfaßt. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen Berliner Handwerksmeister, welche Instandsetzungsarbeiten an dem städtischen Hausbesitz solcher Landwirte ausführten, ihr Geld nicht bekommen konnten, weil diese sich auf das Sicherungsverfahren beriefen. Eine Anfrage der Kammer bei der Landstelle Berlin hat ergeben, daß auch in solchen Fällen Zwangsvollstreckung gegen den im Sicherungsverfahren befindlichen Landwirt nicht möglich ist.“

Das Amtsblatt der Berliner Handwerkskammer, die „Handwerkszeitung“ (Nr. 17), veröffentlicht folgende Warnung:

Achtung Bauhandwerker!

„Der Handwerkskammer sind Fälle bekannt geworden, in denen Handwerker dadurch erheblichen Schaden erlitten haben, daß sie Instandsetzungsarbeiten ausgeführt haben in

Zur Hochkonjunktur in der Paragraphen-Produktion.

Der deutsche Steuerwirrwarr wird durch folgendes gut erdachte Stundungsgesuch treffend gekennzeichnet: „Nachdem ich meine Umsatz-, Stempel-, Einkommens-, Vermögens-, Hauszins-, Krisen-, Grund-, Gewerbesteuer-, Bürger-, Gewerbebeitrag-, Reichsflucht-, Lohnsummen-, Hunde-, Auf-, Kirchen-, Aufbringungs-, Einkommenszuschlag-, Kapitalertrag-, Erbschaft-, Geschenk-, Ausgleichs-, Versicherungs- und Erwerbslosensteuer, nebst Krankenkassenbeiträgen, Invaliden-, Angestellten-, Arbeitslosen-, Lebens-, Feuer-, Einbruch-, Diebstahl-, Haftpflicht-, Berufsgenossenschaft-, Berufsschul-, Schul-, Handelskammerbeitrag und Hypothekenzinsen bezahlt habe, bleibt mir nur noch das Porto für diese Zeilen, und ich bitte deshalb nochmals um weitere Stundung der Ledigen-, Grunderwerbs-, Gesellschafter-, Wertpapier-, Wechsel-, Zündwaren-, Zigaretten- und Salzsteuer.“

Wir schlagen vor, das Einkommen sämtlicher Mitarbeiter an den Steuergesetzen künftig zu besteuern, nach Maßgabe der Zahl der neugeschaffenen Steuerparagraphen. Ein mit der Zahl der Paragraphen stark ansteigender Steuersatz würde das Einkommen dieser Herren, wenn sie im alten Geleise weiter machen, wohl so ziemlich auf Null herabsetzen, — womit dann wenigstens von Auswegen alles getan wäre, um diese Gattung Menschen zum Aussterben zu bringen. —

So etwas können nur Bürokraten.

In Freilassing (Bayern) haben es Bürokraten fertig gebracht, ein fast neues Auto, einen sehr wertvollen amerikanischen Sechszylinder, vollständig verschrotten zu lassen. Der österreichische Auto-Besitzer, der seinen Wagen nach Oesterreich gebracht hatte, war nach Ablauf einer Zollstundungsfrist nicht in der Lage, den Zoll an das österreichische Zollamt zu bezahlen und ließ deshalb den Wagen über die österreichische Grenze nach Freilassing zurückgehen. Als sich dort nicht einmal ein Käufer fand, der den Zollbetrag von 1200 Mark zahlte — eine öffentliche Ausschreibung war zudem nicht erfolgt —, wurde der Kraftwagen unter der Aufsicht eines Zollbeamten in einer Freilassing-Autowerkstätte verschrottet. — Bei verkümmerten Bürokraten ist eben alles möglich.